

9 Dringliche Anträge

StR. Riegler:

Bei den dringlichen Anträgen verhält es sich so, dass es drei dringliche Anträge gibt, die sich alle mit demselben Themenkomplex befassen. Nämlich plus/minus mit der Frage der Plabutschseilbahn. Daher darf ich anregen und auch aus Zeiteffizienzgründen, dass wir diese drei dringlichen Anträge gleich in einem behandeln und hätte damit die Einladung zunächst an Herrn Klubobmann Dr. Peter Piffli-Percevic, den gemeinsamen dringlichen Antrag von ÖVP und FPÖ zu präsentieren.

9.1 Plabutschseilbahn (GR Dr. Piffli-Percevic, ÖVP)

Piffli-Percevic:

Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer. Der Plabutsch war ja heute schon Thema einer Debatte im Zusammenhang mit der Arrondierung von Waldflächen. Ja, wir sind konstruktiv tätig, um Naherholungsraum für unsere stark wachsende Grazer Bevölkerung in besonderer Weise zu sichern. Dazu gehört auch seit Jahren, schon seitdem Herr Bürgermeister Liegenschaftsreferent war, damals als Finanz- und Liegenschaftsreferent, die Strategie, Waldflächen anzukaufen. Weil wir der Meinung sind, dass das eine besondere Zweckwidmung für die Naherholung auch ermöglicht und dazu gehört heute auch schon, zentrales Thema, die niederschwellige oder barrierefreie Zugänglichkeit dieses Erholungsraumes.

Die Frau Stadträtin Kahr war, wir waren ja gemeinsam in Eggenberg vor kurzem, wo auch der Herr Dr. Michael Krainer Gelegenheit erhielt, auch das Projekt der Plabutschgondel darzulegen und da ist ein Familienvater offensichtlich, er hat nicht gesagt wie viele Kinder er hat, aber er hat gesagt, er möchte mit seiner Frau und dem Kinderwagen auch die Möglichkeit haben, in dieser Phase des Kindesalters, wo das Kind noch nicht frei hinaufgehen kann, den Plabutsch zu erreichen. Wir wachsen und

wachsen in unserer Stadt, wir haben, und die Geschichte möchte ich noch einmal aufwärmen, die verschiedenen anders lautenden Positionierungen in der Vergangenheit, als es darum ging, neue Aufstiegshilfen zu schaffen, da ist immer ein negativer Reflex. Ich erinnere, wenn der neue Plabutsch-Lift einen Nothalt hatte aus Sicherheitsgründen, war das regelmäßig Gegenstand einer Gemeinderatsanfrage. Herr Bürgermeister, schon wieder ist der Lift, der ist eine halbe Minute, eine Viertel-Minute gestanden, weil man aufs Nothalt gedrückt hat. Ich möchte auch hier appellieren, dass wir das einfach wirklich anerkennen. Die Seilbahn auf den Plabutsch, den Schrägaufzug auf den Schloßberg, den Aufzug zum Uhrturm, Kollegin Bedrana Ribo hat heute ganz richtig eine technisch machbare Variante vorgeschlagen, den Hackher-Löwen zu erklimmen. Im Übrigen ist das mit dem Plabutsch gar nichts Neues. Da war schon ein Sessellift. Da gab es einen Unfall und daraufhin hat man sozusagen die Panik bekommen, aber auch nach der Polen-Katastrophe, wir bedauern in unvorstellbarer Weise die Opfer, weil sie Opfer einer mangelnden Sicherheitsstrategie wurden. Ich rede jetzt nicht von Konstruktionsfehlern, die vorher passiert sind, sondern allein die Bearbeitung dieser Krise, die damit zeigt, dass wir gut beraten sind, sichere auch Verkehrsmittel zu schaffen und das ist eine Seilbahn. Sie ist sicher, sie ist umweltfreundlich und es ist selbstverständlich das gute Recht, auch eine Volksbefragung zu fordern, die Koalition hat sich ja schon längst festgelegt, dass es eine solche geben wird ...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Seit 13. Februar.

Piffli-Percevic: Die Koalition hat sich bekannt dazu, wir dürfen daher auf dieser Informationsbasis aufbauen und auch die Zukunft richtig gestalten. Auch das Schweizer Modell ist angeschnitten worden, das erfordert eine beachtliche, ja ich sage es auch, Investition in die Informationsaufbereitung, denn es ist undemokratisch, die Bevölkerung über etwas abstimmen zu lassen, wofür die Entscheidungsgrundlagen für

die Bevölkerung überhaupt noch nicht griffig sind. Das ist undemokratisch und das Schweizer Modell, das immer wieder eingefordert wird, basiert auf einem ganz strukturierten Informationsaufbereitungs-, beschaffungs- und Informationsprozess. Da gibt es Büchlein, die dann an die Bevölkerung verteilt werden. Nur dann ist dieses Instrument demokratisch und die Koalition hat auch, das ist zwar nicht Gegenstand meines Dringlichen, aber wird in der Debatte anfallen, auch gesagt, ab wann sie eine Entscheidung in welcher Qualität für sie politisch bindend anerkennen will.

Ich stelle daher den

dringlichen Antrag:

Die Magistratsdirektion, das Präsidialamt bzw. alle weiteren zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, eine Fragestellung für die in Aussicht genommene Volksbefragung über die Errichtung einer Seilbahn im Zuge der Attraktivierung des Naherholungsgebietes Plabutsch-Thalersee von Graz über den Plabutsch nach Thal zu erarbeiten. Es gibt eine politische Äußerung seit gestern, das ist ein Vorschlag der Koalition, mit diesem Antrag, wenn Sie ihm zustimmen, wird das auch strukturiert von den genannten Abteilungen bearbeitet nach dem Steiermärkischen Volksrechtegesetz und darüber soll bis zum Sommer des Jahres auch den zuständigen Ausschuss ein Bericht erstattet werden. Ich ersuche um Annahme.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Immer wieder belegen Studien und Umfragen: Graz zählt zu den lebens- und liebenswertesten Städten der Welt. Schätzungen besagen, dass Graz bis 2034 rd. 329.000 EinwohnerInnen zählen soll.

Somit steigt auch der Bedarf an Naherholungs- und Freizeitmöglichkeiten. Dieser Umstand wurde bereits in der Agenda 2022, April 2017, berücksichtigt und folgender Projektauftrag erteilt: „Die Erschließung des bis jetzt noch schwach ausgeprägten Naherholungsgebietes Plabutsch-Thalersee über eine Seilbahn oder eine sonstige

technische Aufstiegshilfe soll geprüft werden, um den Zugang zum Plabutsch als Grazer Naherholungsraum für die Bevölkerung zu attraktivieren.“ Mit den Gemeinderatsbeschlüssen vom 21.9.2017 sowie 13.12.2018 wurden dazu weitere wichtige Zeichen zur Steigerung der Lebensqualität in und um Graz gesetzt. Das Ziel: der sanfte, behutsame und nachhaltige Ausbau des Naherholungsgebietes Plabutsch - Thalersee im Grazer Westen. Nach dem Schloßberg und dem Schöckl soll am Plabutsch die dritte Bergseilbahn der Stadt Graz für alle Grazerinnen und Grazer entstehen und damit auch überall dort der barrierefreie Zugang gesichert werden. Die Grazer Regierungskoalition aus ÖVP und FPÖ hat sich entschlossen, das gegenständliche Seilbahnprojekt einer Volksbefragung nach den Bestimmungen des Stmk. Volksrechtegesetzes 1986 zu unterziehen, sobald die hierüber erforderlichen Informationen im ausreichenden Umfang und entsprechenden Detaillierungsgrad vorliegen, um die Entscheidungsgrundlagen für die Grazer Bevölkerung aufbereiten zu können.

Namens der Gemeinderatsklubs von ÖVP und FPÖ stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Die Magistratsdirektion, das Präsidialamt bzw. alle weiteren zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, eine Fragestellung für die in Aussicht genommene Volksbefragung über die Errichtung einer Seilbahn im Zuge der Attraktivierung des Naherholungsgebietes Plabutsch-Thalersee von Graz über den Plabutsch nach Thal zu erarbeiten und dem zuständigen vorberatenden Gemeinderatsausschuss einen Bericht bis Sommer dieses Jahres vorzulegen.

Riegler: Danke, jetzt nehmen wir gleich den nächsten dringlichen Antrag dazu und bei diesem dinglichen Antrag ist der Berichterstatter Klubobmann GR Ehmman.

**9.2 Volksbefragung Plabutsch-Gondel so rasch wie möglich
(GR Ehmann, SPÖ)**

Ehmann:

Herr Vorsitzender, geschätzte KollegInnen der Stadtregierung, meine Damen und Herren Gemeinderatskolleginnen und –kollegen, meine Damen und Herren auf der Galerie. Ja, das Thema emotionalisiert, das ist gar keine Frage, das ist klar, weil aus unserer Sicht vor allem war es hier absolut notwendig, hier einen klaren Schritt, ein klares Zusammenstehen, wir haben das ja oftmals bei Anträgen auch hier im Gemeinderat, aber vor allem als klare Opposition hier im Gemeinderatssaal, jetzt in diesem Fall aus KPÖ, SPÖ, Grünen und Neos war es sehr notwendig, hier gemeinsam aufzutreten und hier klar Schiff zu machen und klar aufzuzeigen, was notwendig wäre, damit wir dieses leidige Thema, was aus unserer Sicht wirklich keine Priorisierung in dieser Stadt hat, wir sagen nicht, dass es gar nicht sein darf, aber ich glaube, die Priorisierung des Projektes ist das, worum es auch geht, dass es jetzt zu diesem Zeitpunkt, glauben wir alle miteinander, das völlig falsche Signal ist, diese Investition in diesem Bereich zu machen und nicht in anderen Bereichen, wo es noch viel notwendiger ist. Denken wir an den Ausbau öffentlicher Verkehr und vieles mehr, ich will das jetzt nicht strapazieren, wir kennen die Diskussion, aber wenn man dann schon so vorgeht und sagt, ja man ist bereit, hier eine Volksbefragung abzuhalten, der Schritt ist ja begrüßenswert. Er ist ja auch entstanden durch den Druck, den wir als Rathausoppositionen hier aufgebaut haben, aber letztendlich, wie gesagt, ist der Schritt selbst zu begrüßen. Nur wenn man dann so vorgeht, dass man sagt, ja wir machen die Volksbefragung, aber erst im nächsten Jahr und investieren zuerst, der Kollege Piffli-Percevic hat es angesprochen, dass wir Grundlagen aufbereiten und Information usw. ja, da bin ich bei dir, aber ich glaube nicht, dass es ein derartiges Detailkonzept geben muss, das in einem Aufwendungsmaß monetär von 500.000 Euro sein muss. Ich gehe jetzt wirklich auch so weit, Kollegin Kahr hat es auch schon richtig angesprochen, ich glaube, der Bevölkerung geht es nicht darum, die 13. und 14. Säule zu bewerten der Plabutschbahn, sondern es geht darum, wollen wir dieses

Projekt im Gesamtausmaß? Das kostet es, so in etwa wird es aussehen, da gibt es jetzt schon Renderings, wie wir gesehen haben und Pläne dazu und deshalb glaube ich, dass es einmal grundsätzlich eine ausreichende Informationsdarstellung für die Bevölkerung geben könnte, wenn man das will, auch zu diesem Zeitpunkt schon, davon bin ich felsenfest überzeugt, Expertinnen und Experten haben da schon massiv Vorarbeit geleistet. Deshalb glauben wir, dass diese Planungskosten als auch Verfahrenskosten jetzt nicht notwendig wären und in Wahrheit das eigentlich für die Befragung jetzt selbst hinausgeworfenes Geld ist. Weil wahrscheinlich wird die Diskussion dann sogar umgekehrt laufen, dass man sagt, jetzt hat man das Geld investiert, jetzt wird man das nicht nicht machen das Projekt, es wäre ja schade um diese halbe Million. Also es könnte ja auch in diese Richtung gehen, das ist ja auch zu erwarten. Daher haben wir gesagt, nein, wenn...

Zwischenruf GR Pogner: Das war bei Zwentendorf auch schon so.

Ehmann: Wenn, dann bitte rasch, wenn diese Volksbefragung, dann bitte so rasch wie möglich. Wir sollten hier Klarheit haben, ob das Projekt der Bevölkerung genehm ist, gewünscht ist oder auch nicht und dann geht es auch schon weiter. Wir sind dann beim Quorum, ihr stellt ein Quorum fest von 30 %. Also nicht böse sein, das beste war, außer das innerparteiliche, was ihr selbst immer angebt, aber das beste externe oder auch objektiv abgeführte war mit 16 % beim Kunsthaus, bei vier oder 7 % bei der Privatisierung oder gegen die Privatisierung von Gemeindewohnungen, Grottenhof jetzt war dann 36 % letztendlich, aber nur im Bezirk 36 % und nicht Graz-weit, das muss man auch sagen. Das heißt, das Quorum mit 30 % halte ich wirklich für weit überzogen. Weil Tatsache ist, dass eigentlich jede Stimme zählen sollte, weil letztendlich ist es ein Tabubruch. Der Kollege Piffel-Percevic hat von undemokratisch geredet. Weißt du, was undemokratisch ist? Eine Stimme als nicht gültig zu werten. Nämlich eine abgegebene Stimme als nicht gültig zu werten und wenn man unter 30 %

bei der Abstimmung liegen würde, würde das bedeuten, ja, diese Stimme zählt nicht, wir nehmen das in diesem Fall nicht zur Kenntnis und wir ziehen das Projekt einfach durch. Ich denke an Salzburg, vergangene Wahl, ich glaube, da war unter 50 % die Beteiligung, das wäre dasselbe, naja eigentlich gibt es da keine Legitimation, da haben ja nicht einmal 50 % abgestimmt, der Gemeinderat, der gilt gar nicht. Das heißt, das sind schon Zugänge für mich, die demokratiepolitisch fern sind und da teilweise wirklich Tabubrüche bedeuten. Auch diese Quorums-Frage würden wir hier sehr kritisch sehen.

Pro- und Kontra-Argumente klar aufgezeigt, es hat ein gutes Beispiel gegeben, einige von euch werden es noch wissen, Reininghaus, wo das wirklich sehr objektiv dargestellt wurde und gut aufbereitet war. Das heißt in den hausöffentlichen und hausfinanzierten Darstellungen, wie BIG oder auch Homepage etc.

Zwischenruf Riegler: Bitte zum Antrag.

Ehmann: Ja sofort, dass man hier klar aufzeigt und das richtig entsprechend der Bevölkerung für eine Information zur Verfügung stellt und die Fragestellung selbst, die wirklich, so glaube ich, extern erarbeitet, gemeinsam natürlich mit den Experten des Hauses, mit der Magistratsdirektion, offensichtlich braucht man es nicht mehr ausarbeiten, weil es gibt ja schon die Fragestellung, wir haben sie ja schon in den Medien lesen können, wobei die für mich Objektivität vermissen lässt. Weil wenn ich eine Frage stelle: „Wollen Sie eine bessere Erschließung eines Naherholungsgebietes, bla, bla, bla...“, dann ist das für mich ja schon wertend bzw. suggestiv, manipulativ schon in eine Richtung, dass ich sage, das wird jetzt noch besser und, und. Also objektive Fragestellung ist es nicht, aber letztendlich habt ihr es jetzt so im Vorschlag drinnen. Deshalb unser Dringlicher, gemeinsamer Dringlicher, den wir hier heute stellen, zu den Punkten:

Die zuständigen Abteilungen im Haus Graz werden ersucht, für eine Volksbefragung zum Thema Plabutsch-Gondel dem Gemeinderat für die nächstfolgende Gemeinderatssitzung eine Entscheidungsgrundlage vorzubereiten, die folgende vier Eckpunkte umfasst, die ich eben gerade angesprochen habe, der Antrag liegt euch vor, deswegen erspare ich mir jetzt die Leseübung und es findet jetzt eh noch eine Diskussion statt.

Originaltext des dringlichen Antrages:

BürgerInnen an der Planung und Zukunftsentwicklung einer Stadt beteiligen zu wollen, heißt, sie auch ganz maßgeblich in Entscheidungen einzubinden, sie über Vorhaben und Projekte entscheiden zu lassen. Dass BürgerInnenbefragungen bzw. Volksbefragungen nicht für alles und jede Angelegenheit geeignet sind, ist klar: Fragen der Daseinsvorsorge oder Pflichtleistungen sind nur bedingt bis gar nicht geeignet, Projekte, die nicht unter diese Kategorien fallen aber sehr wohl – und dies ganz besonders dann, wenn sie hohe Investitionen erforderlich machen.

Wenn sich dann eine Kommune zu einer Volksbefragung entschließt, sollte auf jeden Fall sichergestellt sein, dass diese so zeitgerecht stattfinden kann, dass zwar wesentliche Informationen als Entscheidungsgrundlagen bereits vorliegen, zugleich aber noch möglichst geringe Investitionen getätigt wurden. Und ebenfalls sollte auf jeden Fall sichergestellt sein, dass – wenn eine Kommune ihre BürgerInnen befragt – sowohl im Vorlauf die Informationen selbst wie dann auch die Fragestellung nicht beeinflussend, nicht manipulativ wirken, sondern Pro- und Kontraargumente gegenübergestellt werden und diese in eine „wertungsfreie“ Fragestellung münden: Denn alles andere hieße, das demokratiepolitische Element der Volksbefragung zu unterlaufen.

Diese Rahmenbedingungen sollten auch für die von der Stadt geplante Volksbefragung betreffend die Plabutsch-Gondel gelten. Denn so positiv es ist, dass nunmehr seitens der Stadt Graz die BürgerInnen betreffend die Gondel befragt werden, so erscheint der angekündigte Termin – nämlich erst nach Abschluss der Detailplanungen und der

Behördenverfahren und damit weiterer Ausgaben in einer Größenordnung von mehreren Hunderttausend Euro – unglücklich gewählt, da bis dahin eben besagte weitere Ausgaben angefallen sein werden. Auch ein zur Diskussion stehendes Mindestquorum ist abzulehnen – gibt es ein solches doch weder im Volksrechtegesetz noch bei Wahlen. Und zu guter Letzt sollte auf jeden Fall auch gewährleistet sein, dass öffentliche Gelder nicht für eine einseitig-beeinflussende Informationsarbeit Verwendung finden und dass auch die Fragestellung selbst nicht suggestiv-manipulativ ausfällt.

In diesem Sinne stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Abteilungen im Haus Graz werden ersucht, für eine Volksbefragung zum Thema Plabutsch-Gondel dem Gemeinderat für die nächstfolgende Gemeinderatssitzung eine Entscheidungsgrundlage vorzubereiten, die folgende vier Eckpunkte umfasst:

- 1. Die Durchführung der Volksbefragung betreffend das vorliegende Plabutsch/Thal-Gondelprojekt durch die Stadt soll so rasch wie möglich durchgeführt werden, noch vor den Detailplanungen und den Behördenverfahren, idealerweise noch vor dem Sommer dieses Jahres; und dies unter den in den Punkten 2 bis 4 angeführten Rahmenbedingungen: Die von der Stadtregierungscoalition angekündigte Befragung der GrazerInnen für Beginn kommenden Jahres nach Abschluss der Planungsarbeiten und Behördenverfahren ist deshalb vorzuziehen, um die Stadt für den Fall einer negativen BürgerInnen-Entscheidung vor dann unnötig gewesenen Investitionen in der Größenordnung von vielen Hunderttausend Euro zu bewahren.*
- 2. Keine Festlegung auf ein als verbindlich anzuerkennendes Mindestquorum: Es sieht keine Wahlordnung einen Mindestteilnahme-Prozentsatz vor, es sieht das Volksrechtegesetz kein Mindest-TeilnehmerInnen-Quorum bei Volksbefragungen*

bzw. kein als „ungültig“ zu bewertendes Quorum vor. Jede abgegebene Stimme ist eine gültige Stimme, die Stimme jeder Teilnehmerin/jedes Teilnehmers hat zu zählen und ist zu akzeptieren.

- 3. Gleichrangige Darstellung der Pro- und Kontra-Argumente in allen stadteigenen Medien sowie in allen „Haus Graz“-finanzierten Einschaltungen, Informationsbroschüren etc.; dies ist sicherzustellen durch eine externe neutrale Begleitung in der Informations-Aufbereitungsphase nach Vorbild des Vorlaufes der „Reininghaus-Befragung“ mit Einbindung von Projekt-BefürworterInnen und -GegnerInnen bis hin zur Entwicklung der konkreten Fragestellung.*
- 4. Um beeinflussend bzw. manipulativ wirkende Fragestellungen zu vermeiden, ist die konkrete Fragestellung – wie auch beim Beispiel Reininghaus erfolgt – von Projekt-BefürworterInnen und -KritikerInnen gemeinsam mit Unterstützung der in Pkt. 3 erwähnten externen Begleitung und unter Einbeziehung der Magistratsdirektion/des Präsidialamtes zur juristisch-fachlichen Hilfestellung zu entwickeln.*

9.3 Verbesserung der Erreichbarkeit von Naherholungsgebieten (GR Dreisiebner, Grüne)

Dreisiebner:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der ZuseherInnengalerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Vorsitzender. Ich bin doch etwas überrascht, dass ich jetzt bei den beiden Anträgen, die sich mit dem Thema Volksbefragung auseinandersetzen, jetzt mit der Verbesserung bzw. Prüfung der Möglichkeiten zur Verbesserung öffentlicher Nachverkehrsversorgung für den Thalersee einerseits und für den Plabutsch andererseits, in einem Boot sitzen darf. Gerade im Sinne des Thalersees eine interessante Geschichte. Ich will keine Volksbefragung über die Verbesserung der Bustaktung zum Thalersee, das möchte ich nur vorausschicken und richtigstellen. Aber

sei es darum, vielleicht fassen wir ja in Zukunft alles zusammen, weil in jedem Dringlichen das Wort Graz vorkommt, könnte man das auch alles zusammenpacken.

Zwischenruf GR Hötzl: In einer Gondel.

Dreisiebner:

Egal, zur Sache selber. Der Gemeinderat befasst sich ja schon seit einigen Sitzungen und über noch mehr Präsentationen und Pressekonferenzen zweier Herrschaften, die jetzt leider nicht da sind, also des Herrn Bürgermeisters und seines Vizes, mit einer Seilbahn auf den Plabutsch und dann weiter zum Thalersee.

Jetzt habe ich mir als gelernter Grazer und als ÖV-Nutzer gedacht, das geht doch relativ einfach. Man fährt einfach mit dem Bus zum Thalersee und irgendeine Lösung für den Plabutsch sollte man auch noch zusammenbringen, auch wenn das kein Status sein kann. Ich weiß aber aus der Rückmeldung von ...

Zwischenruf GR Hötzl: Mit dem Diesel durch den Wald, na super!

Dreisiebner:

Hört doch zu, ihr könnt euch ja dann nachher zu Wort melden. Ich weiß aus der Rückmeldung von Menschen, die wirklich oft zum Thalersee fahren und durch das Abfragen von verbundlinie.at, dass man zwar, wenn alles gut geht, in einer guten Dreiviertel-Stunde vom Jakominiplatz zum Thalersee kommt, aber wenn z.B. der Anschluss in Gösting nicht funktioniert, dann steht man dort für ca. 40 Minuten und wartet auf den nächsten Bus. Detto kann es einem beim Zurückfahren so gehen. Egal ob vielleicht gerade ein starker Regen anfängt, die Stimmung zu trüben, das Restaurant ist ja noch nicht offen, weil noch nicht neu gebaut. Zum Plabutsch hinauf hätte ich den

Vorschlag, ein System, das wir jetzt ja mit Mitte/Ende des Jahres, September, übernehmen werden, das Gust Mobil, oder ein ähnliches System, ab einer Endstation etwa in Eggenberg oder auch bei der Smart-City-Straßenbahnlinie in der Waagner-Biro-Straße, ein sogenanntes Rufbus- oder Anruf-Sammeltaxisystem zu prüfen und vielleicht ins Leben zu rufen. Es wurde ja von den beiden Abwesenden uns, der Opposition, pauschal immer wieder vorgeworfen, wir würden nicht an die vielen Menschen denken, die älter sind, Schwierigkeiten haben, den Berg zu Fuß zu erklimmen, gehbehindert sind oder Familien mit Kinderwagen oder kleinen Kindern, die nicht so weit gehen. Doch, wir machen uns dazu Überlegungen und Gedanken. Das ändert aber bei uns nicht zwangsläufig im Bau einer Seilbahn, die sehr viel Waldfläche, sehr vielen Bäumen das weitere Existieren kosten würde. Geschenke an Waldbesitzer hin oder her, Tausch, Entschuldigung, Tausch heißt das und Betriebskosten usw. wir haben einfach in Graz ein wunderschönes System Straßenbahn und dazu und ergänzend das ebenso wunderschöne System Busse und wie gesagt, wir versuchen es auch mit entsprechenden Ruf- und Anrufsammeltaxi-Systemen. Da kann man die Menschen mitnehmen mit ihren Kinderwägen, mit Sportgeräten usw. und man kann und soll den Thalersee dementsprechend verbessern, das Restaurant neu bauen, da sind wir ja dafür und man soll auch die Wandermöglichkeiten, die Mountainbike-Trails usw. am Plabutsch oder vom Plabutsch wieder runter dementsprechend verbessern. In diesem Sinne wünsche ich mir, wünschen wir uns, wie gesagt ohne Volksbefragung, obwohl ich da jetzt im Paket stecke, dass die Frau Stadträtin für Verkehr Elke Kahr auf Beschluss des Gemeinderates eine dementsprechende Prüfung mit der Abteilung Verkehr durchführt und dem Gemeinderat noch in diesem ersten Halbjahr dazu berichtet, rechtzeitig, bevor die schnelle Volksbefragung, die der Kollege Ehmann vorgetragen hat, passiert, dass man da schon die Ergebnisse wissen. Ich glaube, das könnte ganz gut ausgehen von den Kosten her zur Anschaffung von ein, zwei neuen Bussen oder einem Anrufsammeltaxi bzw. auch den Betriebskosten. Aber wie gesagt, dem wollen wir harren und ich hoffe, ihr stimmt da alle zu. Dankeschön.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Der Grazer Gemeinderat hat sich in mehreren Beschlüssen mit großer Mehrheit dazu bekannt, den Thalersee samt Restaurant in den Besitz des Hauses Graz zu übernehmen und als Freizeitareal für die GrazerInnen auszubauen. Schließlich ist im Dezember des letzten Jahres auch der Beschluss gefallen, das derzeit bestehende, nicht mehr zeitgemäße und von der Substanz her doch recht desolate Restaurant am See neu zu errichten. Des Weiteren sollen der See, die Uferbereiche und sein näheres Umfeld von der Stadt saniert und für WanderInnen, SpaziergängerInnen und Ruhesuchende attraktiviert werden.

So begrüßenswert die Pläne hinsichtlich der Attraktivierung des Naherholungsgebietes sind, so traurig schaut es mit der Erreichbarkeit des Thalersees aus. Wenn man sich die Möglichkeiten ansieht, den Thalersee per Bus erreichen zu wollen, stellt man fest, dass man etwa an einem Freitagnachmittag ab Jakominiplatz nicht nur 47 Minuten mit den Bussen 40 und 48 benötigt, sondern dass man überhaupt nur alle 40 Minuten eine Verbindung vom Zentrum zum Thalersee hat. Sollte dann der Anschluss in Gösting von der Linie 40 auf die Linie 48 einmal nicht klappen, wird es mühsam. Der Bus Nr. 48 verkehrt nun einmal nur alle 40 bis 45 Minuten ab Gösting bzw. retour vom Thalersee nach Gösting.

Das ist unseres Erachtens für Menschen, die den ÖV nutzen wollen oder müssen, kaum zumutbar. Ähnliches gilt im Übrigen für die BewohnerInnen von Thal, die sich für den ÖV entscheiden wollen oder müssen und das schlägt sich natürlich im Modal Split jener nieder, die von Thal nach Graz pendeln bzw. die den Thalersee für ihre Freizeit nutzen wollen. Jeder Umsteigevorgang senkt die Bereitschaft, das Auto stehen zu lassen und den ÖV zu nutzen. Daher wäre eine Durchbindung der Buslinie 48 etwa zum Hauptbahnhof oder auch zu einer künftigen Straßenbahndstation Smart City – Waagner-Biro-Straße eine wichtige Maßnahme. So könnten auch viele Fahrgäste im Nordwesten bedient werden, wie zum Beispiel die vielen SchülerInnen der Bulme Gösting.

Anders verhält sich die Sache wohl bei der Erreichbarkeit des Plabutsch bzw. des Fürstenstandes, die mit öffentlichen Stadtbussen nicht erschließbar sind. Folglich

können viele ältere Menschen, Menschen mit Gehbehinderungen oder auch Familien, die mit dem Kinderwagen oder mit kleinen Kindern den Grazer Hausberg erleben und genießen wollen, dieses Ziel nur schwer oder gar nicht nutzen. Aber auch hier gäbe es Abhilfe, beispielsweise durch ein Shuttlebus- oder Rufbus-System, das ab Endstation Linie 40 in Gösting oder ab Endstation Linie 1 in Eggenberg nutzbar sein könnte.

Zumindest der Thalersee könnte zu den Hauptverkehrszeiten an den Werktagen sowie an den Wochenenden mit einem 15-Minuten-Takt angebunden werden, die Führung der Linie 48 bis in die Nähe der Stadtmitte wäre ebenso denkbar und zumindest einer Überlegung wert. Shuttle- oder Rufbussysteme sind in Graz nicht so gut eingeführt, aber auch hier sei auf das Modell 'Gust-Mobil' verwiesen, das in wenigen Monaten beispielsweise auch in Straßgang und Puntigam angeboten werden wird.

Ich nehme an, wir sind uns darüber einig, dass es kein Naturgesetz ist, dass der Thalersee, Thal bei Graz oder eben auch der Plabutsch öffentlich nicht mit städtischen ÖV-Qualitäten erreichbar sind. Eine gute ÖV-Anbindung ist durchaus möglich und würde eine praktikable Alternative zum sehr umstrittenen und teuren Gondelprojekt in Sachen Erreichbarkeit von Naherholungsgebieten darstellen. Daher ist es sinnvoll und notwendig, sehr rasch eine Prüfung der Möglichkeiten und Fahrgast- Potenziale von verbesserten ÖV-Anbindungen bzw. Shuttle-Systemen durchzuführen.

Ich stelle daher namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Stadträtin Elke Kahr und die Abteilung für Verkehrsplanung sowie die Holding Graz Linien werden ersucht, die Verbesserung des Intervalls der Buslinie 48 von Gösting zum Thalersee auf zumindest 15-Minuten-Takt zu den Hauptverkehrszeiten und an Wochenenden sowie die Prüfung einer Durchbindung der enger getakteten Buslinie 48 zu einem zentralen innerstädtischen Umsteigepunkt – etwa zum Hauptbahnhof oder zur künftigen Straßenbahn-Endstation Smart City / Waagner-Biro-Straße - zu prüfen.*

2. *Des Weiteren werden Stadträtin Elke Kahr, die Abteilung für Verkehrsplanung und die Holding Graz Linien ersucht, Kosten und Fahrgast-Potenziale für ein Shuttlebus- oder Rufbussystem auf den Plabutsch / Fürstenstand (evtl. vergleichbar dem Gust-Mobil) zu prüfen. Als Anfangspunkt für einen solchen Bedarfsverkehr werden städtische Umsteige-Haltestellen wie Eggenberg (Linie 1) oder die zukünftige Straßenbahn-Endstation 'Smart-City' in der Waagner-Biro-Straße vorgeschlagen.*
3. *Über die Ergebnisse der Prüfung, inkl. einer Abschätzung der zukünftig möglichen Fahrgastpotenziale und der Betriebskosten ist dem Gemeinderat bis zur Juni-Sitzung ein schriftlicher Informationsbericht vorzulegen.*

Riegler:

Jetzt ist die Situation folgende, dass ja der gemeinsame Dringliche von ÖVP und FPÖ jedenfalls als dringlich gilt. Wegen der im Gemeinderat gegebenen Mehrheit. Ich darf somit einladen, sich zur Dringlichkeit zu melden zu den beiden anderen dringlichen Anträgen.

Die Dringlichkeit des Antrages der ÖVP und FPÖ wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) angenommen.

GR Swatek, BSc:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. Ich glaube, bei der ganzen Seilbahngeschichte stehen die Positionen ja schon ziemlich fest und ich glaube, sie sind auch jedem bekannt. Die Opposition aus KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos hat sich zusammengetan und wir fordern, dass die Fragen, aber auch Informationen, die die Stadt veröffentlicht, jeweils von Kritikern und Befürwortern der Seilbahn gemeinsam auch mit Experten ausgearbeitet werden, damit man sich sicher sein kann, dass die Informationen in keinsten Art und Weise manipulativ sind. Wir

fordern, dass die Befragung auf jeden Fall so früh wie möglich stattfindet, damit man sich in der jetzigen Zeit, wo man noch in der Detailplanung Geld investieren möchte, auch einfach Kosten spart, die bei einem möglichen negativen Entscheid zur Seilbahn einfach Geld gewesen wäre, das man aus dem Fenster hinausgeworfen hat.

Vor allem bei den Informationen muss ich eines sagen, weil Sie Herr Kollege Piff-Percevic, gesagt haben, es wäre undemokratisch, die Bürgerin und Bürger ohne Entscheidungsgrundlage zur Urne zu bitten. Ich finde, ganz ehrlich, das gesamte Vorgehen zur Seilbahn hier im Gemeinderat ist höchst undemokratisch und bedenklich. Denn es gibt bereits einen Grundsatzbeschluss zur Seilbahn und die haben die Gemeinderäte hier, und das sind ÖVP und FPÖ, beschlossen, ohne überhaupt wirklich Informationen zur Seilbahn zu haben.

Zwischenruf GR Ing. Lohr: Das glaubst du!

Swatek:

Ich möchte daran erinnern, dass am 21. 9 2017 hier im Gemeinderat beschlossen wurde eine Machbarkeitsstudie. Die liegt seitdem in den Schubladen der schwarzblauen Regierung und sie wird nicht veröffentlicht. Im Sommer ist man dann an die Öffentlichkeit gegangen, weil da hat man gesagt, die Seilbahn wird ca. 25 Mio. kosten. Im Sommer 2018. Heute soll sie 35 Mio. Euro kosten. Warum, hat nach wie vor niemand von euch erklärt und ihr weigert euch nach wie vor, die Machbarkeitsstudie zu veröffentlichen. Das ist undemokratisch und nicht, die Bürgerinnen und Bürger auf Grundlage dieser Machbarkeitsstudie jetzt schon zu befragen und sich Geld zu sparen *(Appl.)*.

Ich muss ganz ehrlich sagen, ich war stark verwundert über den Antrag, den die ÖVP und die FPÖ heute hier einbringen, weil mit der gestrigen medialen Aussendung hat das eigentlich nichts mehr zu tun. Gestern ist man vor die Medien getreten und hat gesagt, ja, wir brauchen ein 30%-Quorum, damit das überhaupt gültig ist und vor

allem, es gibt schon eine Fragestellung. Also gestern hat man schon die Fragestellung präsentiert großartiger Weise und heute stellt man sich wirklich hier im Gemeinderat hin und beauftragt die Beamtinnen und Beamten dieser Stadt, eine Fragestellung zu entwickeln. Was bitte sollen die sich denken, wenn das Ergebnis eh schon feststeht? Vor allem, was glaubt ihr, welches unvorhersehbares Ergebnis wird dann herauskommen, wenn die fertig sind mit ihrer Arbeit? Die wissen ja schon, was hier herauskommen soll, weil ihr ihnen die schon vorlegt, die ihr habt und das ist eigentlich vor allem auch den Beamtinnen und Beamten dieser Stadt unfair gegenüber, dass man sie hier nicht frei arbeiten lässt und das ihr schon von Anfang an diktiert, was herauskommen soll (*Appl.*).

Mein letzter Kritikpunkt liegt halt bei den 30 %, die ihr als Quorum haben wollt, damit die Volksbefragung für euch gültig ist. Das wird im Volksrechtegesetz so nicht vorgesehen. Es gibt nirgends so eine Quote, damit so etwas gültig sein sollte und die Frage ist, wie seid ihr überhaupt auf 30 % gekommen? Warum nicht 10 %, warum nicht 45 %, warum nicht 99,9 %? Wie seid ihr auf die 30 % gekommen? Ganz ehrlich, ich glaube, ihr habt gewürfelt und die einzige Frage ist, wie viele Würfel hattet ihr eigentlich in der Hand. Weil Würfeln, wenn es um solche Dinge geht, wenn es um Demokratie geht und wenn es darum geht, so ein Quorum festzulegen, das ist undemokratisch und nicht, eine Volksbefragung frühzeitig zu machen mit den Informationen, die wir jetzt zur Verfügung haben.

GR Mag. Sippel:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat, die Würfel sind gefallen oder noch nicht. Genau das machen wir eben möglich, dass es eine Entscheidung der Bevölkerung gibt. Aber ich glaube, man sieht heute sehr schön die unterschiedlichen Zugänge zur direkten Demokratie. Auf der einen Seite zwischen der Koalition und auf der anderen Seite zwischen der vereinten Rathausopposition. Du hast sie auch so genannt, Niko Swatek. Wir haben da ein wenig vergessen, dass die Kommunisten und die Grünen Regierung in dieser Stadt auch sind, also sie verwechseln da etwas und kennen sich

nicht so wirklich, was die Zuständigkeit betrifft, aus. Der Unterschied ist der, dass von euch die direkte Demokratie in Wirklichkeit rein als politisches Verhinderungsinstrument gesehen wird. Ihr habt in Wirklichkeit ja gar kein Interesse, ihr habt ja kein Interesse an einer ernsthaften Auseinandersetzung auf Faktenbasis und um das geht es. Ihr wollt einen Volksbefragungsschnellschuss, um mit einem Njet auf einem politischen Erfolg zu landen. Natürlich ist es legitim, auch so zu handeln. Es ist ja klar, der Standpunkt bestimmt immer die Perspektive, das wissen wir. Das ist völlig klar, es ist legitim, alles zu befragen.

Zwischenruf StRⁱⁿ Schwentner: Rauchervolksbegehren als Stichwort.

Sippel: Wir können auch über die Kulturförderungen beispielsweise das Volk befragen. Ich bin mir sehr sicher, dass da auch ein Nein herauskommt, dass wir 4 Mio. Euro für diverse Institutionen aufwenden, aber so einfach kann man es sich und soll man es sich nicht machen. Worauf ihr abzielt, ist einfach die Nein-Mobilisierung. Natürlich funktioniert die, die funktioniert nämlich dann, wenn es wenig Fakten gibt, die am Tisch liegen, wenn alles so nebulos ist und die Bürger nicht wirklich wissen, worum es geht. Dann sind sie natürlich anfällig für Emotionen. Der Michael Ehmann hat ja vorher die Emotionen auch angesprochen. Das ist einfach, und deshalb wird es auch nie mehr in demokratischen Ländern Olympische Spiele geben, das ist sehr schade. Weil ich halte den Geist der Olympischen Spiele eigentlich für sehr schön. Es wird in demokratischen Ländern, wo es Volksbefragungen gibt, keine Olympischen Spiele mehr geben. Die werden es nur mehr in autokratischen Ländern stattfinden und das finde ich persönlich sehr schade.

Zwischenruf GR Dr. Piffel-Percevic: Vor allem in kommunistischen Ländern.

Zwischenruf StR. Krotzer: Aber die haben auch nein gesagt.

Sippel: Ich bin sehr froh, dass wir den Schweizer Ansatz hier auch nach Graz bringen. Im Übrigen etwas, was die FPÖ schon seit langem fordert. Da geht es genau um das, dass die Bürger informiert werden, dass die Bürger vorbereitet werden, dass die Pros und Kontras na selbstverständlich auch abgewogen werden, dass man sich Zeit nimmt. Das ist das Schweizer Modell. Die Schweizer brauchen im Übrigen kein Quorum, weil dort ist direkte Demokratie so etabliert, das wäre schön, wenn wir es auch da hinbekommen, dass dort bei jeder Volksabstimmung ...

Unverständliche Zwischenrufe.

Sippel: Ich weiß nicht, was heute los ist. Ich glaube, ich habe anscheinend wirklich in ein Wespennest gestochen, weil hier so eine Aufregung herrscht. In der Schweiz brauchen sie bei Volksabstimmungen kein Quorum, weil dort ohnehin 35 bis 55 % hingehen. Da ist es ja schon ganz etabliert und ich glaube, es wäre schön, wenn man mit Schweizer Modellen auch bei uns da hinkommen. Weil das Quorum hier vorher aufgeworfen wurde und das ist schon, Michi Ehmann, sehr polemisch, was du da bringst. Wenn du sagst, ja dann werden sozusagen Stimmen nicht ernst genommen. Ich sage dir, im Umkehrschluss sollte man dann schon einmal darüber diskutieren, soll jetzt eine kleine Minderheit über eine Mehrheit bestimmen? Es gibt Länder, die haben ein Mehrheitswahlrecht beispielsweise. Nehmen wir England einmal her. In England ist es so, wenn ein Wahlkreis keine Mehrheit erzielen konnte, sind im ärgsten Fall 49,9 % der Stimmen ungültig. Die werden nirgends repräsentiert. So brutal kann in Wirklichkeit Demokratie sein. Deshalb politikwissenschaftliche Debatte, die dazu geführt hat, wie die geführt gehört, mit Foren auch, ist weil Sie vorher so gelacht haben, Frau Stadträtin Schwentner, diese 30 % sind nicht aus der Luft gegriffen oder

erwürfelt. Diese 30 % sind im Nationalrat, dort ist es ja so. Das ist das Anwesenheitsquorum im Nationalrat. Auch wir hier herinnen haben Mindestanzahlen an Anwesenheit, damit...

Unverständliche Zwischenrufe:

Sippel: Natürlich muss man von der repräsentativen Demokratie auch in Richtung direkte Demokratie schließen können und daher kommen diese Zahlen. Und es wäre schön, wenn im Volksrechtegesetz auch ein Quorum z.B. festgemacht wäre. Es wäre auch schön, wenn im Volksrechtegesetz eine Onlineabstimmung möglich wäre, oder dass man nicht nur am Sonntag abstimmen kann, wo man die gesamte Infrastruktur kostenintensiv hochfahren muss. Das wäre schön, aber das blockiert ihr ja, liebe SPÖ, im Land. Das sind einfach Dinge, die man debattieren muss und da einfach zu sagen, naja, das ist in Wirklichkeit ein nicht Ernstnehmen von Stimmen. Nein, das ist eine saubere Ansage im Vorfeld, wenn man sagt, ab einem gewissen Prozentsatz ist es gültig. Man kann es ja auch so sehen, wenn die Beteiligung gering ist, dann bedeutet das, dass dieses direktdemokratische Korrektiv, das man anbietet, von der Bevölkerung nicht angenommen wird und ich möchte schon eines hier noch abschließend sagen, die größte Form der direkten Demokratie findet alle 5 Jahre in dieser Stadt statt. Das ist die Gemeinderatswahl und es gibt sehr viele Bürger, die sich erwarten von denen, die sie wählen, nämlich den Parteien, aufgrund von Programmen und die Persönlichkeiten, die zur Wahl stehen, dass die dann das, was sie vor der Wahl versprechen, auch umsetzen. Das ist nämlich auch ein wesentlicher Punkt in der Demokratie, das nennt man repräsentative Demokratie. Wir sind gewählt, auch das zu tun, was wir vorher gesagt haben. Ich glaube in den Programmen...

*Zwischenruf StR. **Riegler:** Bitte zum Schluss kommen.*

Sippel:

Ja, es waren drei dringliche Anträge, also ich nimm mir noch, jetzt bin ich eine Minute drüber, also eine Minute wäre nett, wenn ich noch bekommen könnte.

Jetzt hast mich herausgebracht.

Die wichtigste Form der Demokratie sind die Wahlen, wir werden gewählt aufgrund von Programmen und die Bürger erwarten sich zu Recht, dass wir diese Programme und diese Inhalte, die wir vor der Wahl versprochen haben, dann auch umsetzen.

Wenn wir direkte Demokratie zusätzlich möglich machen, dann ist es eine Bereicherung. Daran arbeiten wir mit einem Schweizer Modell, insofern, so glaube ich, ist dieser dringliche Antrag, der gemeinsame von ÖVP und FPÖ, ein echter Fortschritt in dieser Stadt. Danke.

StRⁱⁿ Schwentner:

Dankeschön. Ja, Herr Kollege Sippel, nur ein Wort zu einer Partei, die knapp 900.000 Menschen nicht ernst nimmt, die das Rauchervolksbegehren unterschrieben haben, da kann ich einfach nichts mehr ernst nehmen in Bezug auf direkte Demokratie und Einbeziehung von Menschen. Eine zweite Sache wollte ich noch richtigstellen zur Debatte zuvor, wo es um die Waldgrundstücke gegangen ist. Es war nie meine Absicht und auch ganz sicher nicht so gemeint, dass ich irgendjemand aus der Mitarbeiterinnenschaft und den Mitarbeitern verunglimpfen wollte. Ich weiß nicht, wer es mir unterstellt hat, ich glaube, eh Sie. Es ging um dieses politische Projektmanagement, das ich meinte und der Niko Swatek hat das, so glaube ich, eh ganz gut dargestellt, wie willkürlich und wie absurd das verläuft. Nur die Politik, nur hier und nicht die MitarbeiterInnen, die wollte ich auf keinen Fall schlechtreden. Es geht auch nicht gegen die Naherholung, weil das immer im Raum steht, wir wären so die Spaßbremsen, nämlich in diesem Fall die totale Einigkeit der Opposition. Wir sind keine Spaßbremsen. Es geht darum, dass wir das sehr ernst nehmen, wie es um die Natur und Naherholungsraum in dieser Stadt steht. Ich habe eine Stadtwanderung gemacht, an der sich sehr viele Menschen beteiligt haben, weil sie großes Interesse an

dem Naherholungsgebiet Plabutsch haben und wir haben dort gemeinsam erfahren, wie es um die Flora und Fauna steht. Wie viele Fledermausarten dort leben, die können leider nicht reden und sagen, dass sie unter Gefahr stehen. Wie viele Flaumeichen es gibt und andere Bäume, die unter Naturschutz stehen. Also, ganz, ganz wertvolles Naturgut, das am Spiel steht, wenn diese Gondel gebaut werden soll. Die können sich alle nicht wehren und offensichtlich auch zunehmend nicht die Menschen in dieser Stadt, wenn sie nicht ernst genommen werden. Ich habe das Gefühl, Sie haben gar kein Interesse an einer Einbindung der Bevölkerung in Graz, weil Sie schaffen Fakten, bevor überhaupt abgestimmt wird. Sie tauschen Grundstücke, Waldgrundstücke, und es hat sich klar in der Debatte zuvor herausgestellt, dass es natürlich um die Gondel geht und um den Bau der Gondel entlang dieser Waldstücke. Natürlich, was sonst? Es hat sich auch herausgestellt, dass 500.000 Euro verwendet werden schon für die Projektplanung vorweg und wir sind alle der Ansicht in der Opposition, dass wir das nicht brauchen, um entscheiden zu lassen. Machen Sie doch die Volksabstimmung jetzt. Lassen Sie die Bevölkerung von Graz abstimmen, ob sie diese Plabutschgondel wollen oder nicht...

Zwischenruf GR Dr. Piffel-Percevic: Das wollen wir ja.

Schwentner:

Ja, aber jetzt bitteschön. Ich glaube, das ist ein großes Missverständnis. Noch einmal zum Demokratiebewusstsein der FPÖ vor allem. Der Herr Sippel hat versucht, es uns zu erklären. Wenn wir jetzt rechnen, die 30 %, sind das 68.000 Menschen. Wenn jetzt 68.000 Menschen in Graz zu dieser Abstimmung gehen, sagen wir 67.999, die das ernst nehmen, die nehmen Sie dann nicht ernst? Die können dann wieder nach Hause gehen? Denen es wichtig war, über den Plabutsch abzustimmen? Die 67.999 Menschen? Das ist Ihnen egal? Mir nicht! Mir ist jede Stimme wichtig. Jede Stimme

und jeder Mensch, der da hinget und seine Stimme abgibt, muss genau gleich ernst genommen werden.

Zwischenruf GR Pagner: Ja, ganz genau!

Schwentner:

Ich bitte Sie, ich habe so etwas wirklich noch nie erlebt, wie hier verunsichert wird, wie Fehlinformationen im Raum stehen. Der Niko Swatek hat das wirklich gut dargestellt. Beantworten Sie uns alle diese Ungereimtheiten. Bitte beantworten Sie sie und beantworten Sie sie der Bevölkerung in Graz, das sind Sie ihr schuldig.

StR. Riegler:

Der guten Ordnung halber darf ich hier als Vorsitzender ergänzen, dass uns selbstverständlich auch jede Stimme wichtig ist, aber in der Demokratie geht es ja nicht darum, dass jede Stimme automatisch dazu führt, dann eine Mehrheit zu bekommen. Sondern es geht darum, dass wir ein Quorum festsetzen, mit dem wir sagen wollen, ok, das ist eine angemessene Zahl an Bürgern und Bürgerinnen, die sich beteiligen an der Diskussion und die eben für etwas stimmen oder gegen etwas, sonst wird eine kleine Minderheit möglicherweise die große Zahl der Grazerinnen und Grazer überstimmen.

GR Mag. Haßler:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie. Ich möchte auf den Armin Sippel Bezug nehmen, der gesagt hat, er hat unterschiedliche Zugänge zur Demokratie wie wir. Ich bin stolz darauf, dass ich unterschiedliche Zugänge habe wie du, weil, wie gesagt, mit

euren Zugängen fange ich wenig an. Ich darf nur daran erinnern, wie oft wir in diesem Gemeinderat in den letzten Monaten belehrt wurden, was dringlich ist und was nicht dringlich ist. Es ist auf keinen Fall dringlich, wenn man etwas einbringt, wo sich schon jemand geistig mit einem Thema beschäftigt, obwohl es noch Monate dauert bis vielleicht einmal irgendein Ergebnis da ist. Da habt ihr immer gesagt, das kann nicht als dringlich angesehen werden. Heute bringt ihr einen dringlichen Antrag ein, worin ihr fordert, ich muss jetzt nachschauen, damit ich ja keinen Lapsus begehe, dass die zuständigen Stellen beauftragt werden, eine Fragestellung auszuarbeiten und gestern um 13.35 Uhr konnte ich in einem Online-Medium einer Zeitung schon lesen, wie diese Fragestellung ausschaut, wortwörtlich ausschaut und um 16 Uhr bringt ihr diesen Vorschlag ein. Also jetzt uns zu sagen, dass das dringlich ist, finde ich eigentlich eine bodenlose Frechheit und Gemeinheit, das muss ich ganz offen sagen. Wie dringlich euch das Thema ist, kann man sehen, wenn man nach links blickt. Ich sehe weder einen Bürgermeister, noch einen Vizebürgermeister.

*Zwischenruf GR **Piffl-Percevic**: Pass auf, er kann dich aber hören!*

Haßler:

Schön, dass er es hört. Obwohl es um ein wesentliches Projekt der Stadt geht, ist es scheinbar doch nicht so wichtig. Zum Thema Quoren kann ich auch nur sagen, dass beispielsweise der Europarat sich auch mit dem Thema beschäftigt hat und ganz klar empfohlen hat, vor allem auf lokaler Ebene keine Beteiligungsquoren vorzusehen. Auch deutsche Städte sind inzwischen davon abgekommen, bei Befragungen Quoren anzuwenden. Wenn ihr das Thema Quoren ernst nehmt, dann weiß ich nicht, wie euer Bürgermeister mit dem Kollegen in Salzburg umgehen wird, weil da war eine Wahlbeteiligung unter 48 % bei rund 34 % Ergebnis. Da haben ungefähr 17 % der Bevölkerung gewählt, also wirst du ihn nicht anerkennen können. Vielleicht wird der Landeshauptmann dort euer Ansprechpartner sein, ich weiß es nicht.

Zum Inhaltlichen, warum ist es dringend, heute auch über diese Themen ÖV-Anbindung Thalersee und auch Plabutsch zu reden? Weil es eben auch darum geht, auch andere Alternativen aufzuzeigen und das ist auch wichtig, diese Befragung vorzeitig durchzuführen, weil sonst haben wir wieder das gleiche Desaster, wie wir es auch bei Olympia schon erlebt haben, dass viele hunderttausende Euro, wenn nicht schon Millionen investiert werden für irgendwelche Vorarbeiten und Studien und am Ende des Tages ist das Ganze für nichts. Das sollten wir vermeiden, weil ich glaube nicht, dass wir noch wesentlichen Mehrwert bekommen können, wenn wir jetzt noch weiter etwas ausarbeiten. Soviel ich weiß, ist die Trassenführung bekannt. Ihr sagt, dass bekannt ist, wie viel das kosten wird. Es gibt die einzelnen Schlagwörter zu Projekten. Ihr könnt uns sonst nur noch erklären, wie ihr das bewältigen wollt, dass da oben pro Stunde laut euren Informationen 1.600 Personen mit der Gondel befördert werden können und es gibt ganze zwei Gasthäuser, eines am Plabutsch und eines ganz hinten, und da ein wenig Waldgebiet. Also wenn da oben 10.000 Leute unterwegs sind, dann werden wir vielleicht wie in Venedig Zählkarten ausgeben unten bei der Gondel und in der Früh um 10 Uhr wird die Gondel geschlossen wegen Überfüllung des Plabutsch.

*Zwischenruf GR **Haberler**: Genauso stellen wir uns das vor, genauso.*

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrte Kollegen der Stadtregierung, liebe geschätzte KollegInnen im Grazer Gemeinderat. Normalerweise müssten alle jene, das mit dem Pinocchio kennt man ja und wenn man die Unwahrheit sagt und dann eine lange Nase bekommt, da wären heute sehr viele lange Nasen, wenn man genau hingehört hat. Es ist ja ganz klar, dass ÖVP und FPÖ, seit sie zusammengegangen sind, in der Agenda festgeschrieben haben, sie möchten gerne eine Gondel auf und über den Plabutsch. Letzten Sommer habt ihr das konkretisiert, der Herr Bürgermeister vor allem, und ab dem Zeitpunkt war klar,

wohin die Reise geht. Alle Argumente, man hat nicht genügend Zeit gehabt, um die Bevölkerung zu informieren, wie oft heute schon viele Kollegen schon angesprochen haben mir der Machbarkeitsstudie, die ja schon längst fertig ist, aber noch nie wirklich dem Gemeinderat vorgelegt wurde oder veröffentlicht wurde, es wäre genug Zeit da gewesen. Lassen wir das aber alles weg. ÖVP und FPÖ möchten diese Gondel, SPÖ, Grüne, KPÖ und Neos möchten keine Gondel über den Tisch. Das war schon sehr früh klar. Was wir aber gemerkt haben über die ganzen Monate, seit das letztes Jahr auf dem Tisch war, dass die Bevölkerung immer wieder bei uns angefragt hat und auch bei anderen Kolleginnen hier, von SPÖ und Grünen, was passiert da eigentlich? Die haben das ja gar nicht geglaubt, dass das tatsächlich in Angriff genommen wird und weil das so war, haben wir Anfang diesen Jahres eine Informationsveranstaltung in Eggenberg, am 12.2., Kollege Piffel-Percevic, ganz genau, durchgeführt, weil wir einmal ganz konkret auch wissen wollten, wie sieht es denn die Bevölkerung in Eggenberg eigentlich. Sind die alle so, wie ihr meint, dafür, dass es eine Aufstiegshilfe, wie ihr das so schön umschreibt, auf den Plabutsch gibt, wollen die das oder wollen die das nicht? Das ist ja für uns auch wichtig zu erfahren, wie ist das Barometer in der Bevölkerung, wie sehen das die Leute, welche Fragen haben sie da dazu? Gerade Eggenberg, der Bezirk ist besonders betroffen davon und da haben wir gesehen bei der Beteiligung und bei den Wortmeldungen, die Anwesenden und die sich hier zu Wort gemeldet haben, sehen das sehr kritisch und sehr skeptisch den Herrn oder die Familie, die du da getroffen hast, lieber Peter, das müssen sie dir unter vier Augen gesagt haben, aber selbst dann war das der Einzige und es ist ja auch gut so und wie du weißt, haben wir auch all jene, die dafür waren, sehr gerne zu Wort kommen lassen. Weil es sich so eben auch gehört in der Demokratie. Aber eines war nie eure Absicht, die Bevölkerung zu befragen. Weder von der ÖVP noch von der FPÖ. Erst nachdem alle Parteien, die heute das anders sehen, das immer wieder eingefordert haben und erst seit dieser Versammlung habt ihr unmittelbar am übernächsten Tag eine überhudelte Pressekonferenz gemacht und es ist nicht egal, es zeigt, wann ihr erst reagiert. So viel zur Demokratie und zum Ernstnehmen der Bevölkerung. Das zu diesem Kapitel. Aber zu Wort melden möchte ich mich vor allem zum Karl Dreisiebner. Sein

Dringlichkeitsantrag, den wir selbstverständlich gerne sowohl von der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen, weil genau darum geht es. Wir wollen eine Naherholung am Thalersee und am Plabutsch für alle Menschen in Graz, für Groß und Klein, und das mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen für alle, die sich schwer tun mit dem Gehen. Das ist das, was auch am ökologischsten und sinnvollsten ist, vom Zentrum der Stadt mit einem guten öffentlichen Verkehrsmittel, einem Bus, der mit guten Taktzeiten zum Thalersee hinausfährt und das mit dem GUST-Mobil auf den Plabutsch, das ist absolut ein guter Vorschlag. Für alle jene, die hier im Gemeinderat das vielleicht noch nicht wissen, genau das haben wir auch mit den Kollegen von der Holding Graz Linien und mit dem Verkehrsplanungsamt auch besprochen, dass wir dem Gemeinderat dazu ein Ergebnis vorlegen möchten. Danke.

Riegler:

Jetzt habe ich die Frage, gibt es noch weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir jetzt zur Abstimmung über den dringlichen Antrag der SPÖ, über die Dringlichkeit des Antrages von Herrn Klubobmann Ehmann.

Die Dringlichkeit des SPÖ-Antrages wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Riegler:

Wir kommen zum dringlichen Antrag, der die Busverbindungen verstärken möchte, der Grünen. Wer für diesen dringlichen Antrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Die Dringlichkeit des Antrages der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Riegler:

Damit wechseln wir jetzt in die Diskussion über den ÖVP-Dringlichen selbst.

GR Frölich:

Herr Stadtrat, liebe Kollegen. Ich verstehe das zutiefst und habe absolutes Mitgefühl, wenn eine Fraktion, die nicht mehr im Stadtsenat ist oder eine Fraktion, die nicht mehr im Nationalrat ist, ein Problem hat mit Quoren und mit Stimmen, die nicht ernst genommen werden usw. Man denkt lange über solche Rückschläge nach, aber man sollte das nicht immer dann einbringen, wenn es gerade politisch passt, dass man dann zum Jammern anfängt, warum einen die Leute nicht wählen. Da muss man einmal bei sich anfangen nachzudenken. Ich habe einen kritischen Zugang zu dem Antrag vom Karl Dreisiebner, ganz einfach deshalb, weil einerseits fordert man und unterstützt man eine Volksbefragung, aber bevor das Volk noch befragt wird, sagt man sich, na die sind eh alle dagegen und die nicht dagegen sind, nehmen wir nicht zur Kenntnis, wir machen jetzt da einmal etwas mit den Bussen. Da gehören mehr Busse her, weil wenn wirklich eine Gondel kommt, brauchen wir Gondel und Busse. Das ist schon ein merkwürdiger Zugang zur Demokratie, wenn man sagt, wir machen zwar eine Volksbefragung, aber wenn das falsche Ergebnis herauskommt, akzeptieren wir das nicht, wir brauchen dort die Geschichte mit den Bussen. Eine Stellungnahme der Holding, ich habe mir das auch ein wenig angesehen, von den Experten dort, die sagen, das alles ist so einfach nicht. Ich würde vorschlagen, einmal abwarten, wie viele Grazer hier begeistert dieses Gondelmodell annehmen werden und dann weiterdenken, was Alternativen sein könnten. Ja, es ist schon gesagt worden von Armin Sippel, wir sind natürlich ganz klar dafür, dass wir uns an dieses Schweizer Modell halten. Dass wir seriös vorgehen, dass wir Informationen sammeln, dass wir mit guten Informationen an die Bevölkerung herantreten und sagen, liebe Grazerinnen und Grazer, hier sind die Informationen, hier habt ihr das, worüber ihr abstimmen könnt und wir fragen euch, wollt ihr das oder wollt ihr das nicht? Demokratie kostet Geld, das ist ein billiges Argument zu sagen, wollt ihr da hunderttausende Euro ausgeben, um Informationen

zu sammeln und Experten zu befragen? Wenn es darum geht, dass man in Bezirksblättern und Stadtblättern falsche Informationen ausschickt und Sand in die Augen der Bürger streut, damit man kurzfristig politisches Kleingeld wäscht, dann seid ihr ja eh die Weltmeister. Das macht ihr ja und da werden die Leute kurzfristig desillusioniert und ihnen die Augen verschlossen und dann sollen wir sie schnell fragen, solange die Augen noch zu sind. Fakt ist, dass wir natürlich uns gegen diese unseriösen Berichte und Inserate und was es da alles gibt, im Stile eines Zwischenwahlkampfes, aussprechen und sagen, in Ruhe vorbereiten, qualitativ hochwertige Informationen sammeln und dann die Menschen darüber abstimmen lassen.

Lieber Kollege Ehmann, das Volksrechtegesetz ist ein Landesgesetz und die Sozialdemokratie hat in dieser Steiermark in den vergangenen Jahrzehnten sehr viel mitzureden gehabt. Dieses Landesgesetz sieht einmal vor, dass eine Volksbefragung für die Politik nicht bindend ist. Das heißt aber nicht, dass Stimmen nichts wert sind. Sondern das eine Volksbefragung ist, die eine Meinungsbildung und eine Verantwortung der Politik herausfordert. Die Politik wird, wie schon erwähnt wurde, alle paar Jahre wiedergewählt und dann stellen sich die Menschen hin und sagen, damals haben wir im Rahmen einer Volksbefragung eine Meinung geäußert. Die Politik hat diese Meinung respektiert, oder aus welchen Gründen auch immer anders entschieden, anlässlich von Wahlen werden wir darüber abstimmen, ob wir das weiter so haben möchten oder nicht. Also bitte nicht sagen, dass man Stimmen missachtet, wenn ein Volksrechtegesetz ganz einfach eine solche Vorgehensweise bei Volksbefragungen vorsieht. In diesem Sinne freue ich mich, dass unser Antrag hier die Dringlichkeit bekommen hat und dass wir diesen Antrag so beschließen werden.

Danke.

Riegler:

Jetzt liegt mir zu dem dringlichen Antrag ein Abänderungsantrag vor, der KPÖ vor.

Eber:

Danke, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Es gibt jetzt natürlich nach dieser Debatte schon einiges zu sagen. Ich möchte vielleicht beginnen mit dem Kollegen Piffli-Percevic und der gemeinsamen Veranstaltung, wo wir uns auch getroffen haben, in Eggenberg am 12. 2. Du hast gesagt, es gibt dort natürlich auch Leute die, oder eine konkrete Person, die dort gesagt hat, naja, wie ist das mit behinderten Menschen, wie ist das mit gehbehinderten oder geheingeschränkten Menschen, mit Kinderwägen usw.? Natürlich ist es so, dass man für diese Zwecke, da hat der Karl Dreisiebner, der hätte da ja auch einen Antrag eingebracht in diese Richtung hin, dem ihr jetzt leider nicht zugestimmt habt und ich würde nicht meinen, so wie es der Kollege Frölich hat das jetzt gesagt, dass das undemokratisch ist, dass wir da jetzt Tatsachen schaffen, die unumkehrbar sind, sondern im Gegenteil, natürlich ein Bus da hinauf kostet dann Geld, wenn er fährt, kostet kein Geld, wenn er nicht fährt. Ist jederzeit ausfahrbar, ist jederzeit natürlich auch wieder einziehbar und steht von daher. Es ist eine kurzfristige Verbesserung für Menschen, aber natürlich keine unumkehrbare Lösung. Wie auch immer dann eine Volksbefragung ausgeht. Aber ich meine, und die Elke Kahr hat da ja auch schon etwas dazu gesagt, wie die Stimmung bei dieser Veranstaltung dort war. Es war nämlich tatsächlich so, dass sehr klar geworden ist, dass die Menschen dort diese Gondel eigentlich nicht brauchen und nicht wollen. Jetzt kann man natürlich sagen, ja bitte, repräsentativ ist das auch nicht, aber was man sehr wohl sagen kann ist, dass die Entscheidungsgrundlagen, um eine solche Entscheidung zu treffen, nämlich wollen wir grundsätzlich eine Gondel auf oder über den Plabutsch oder nicht, dass die vorliegen. Ich glaube, so weit haben sich die Grazer und Grazerinnen auch jetzt schon informiert und wären da durchaus auch im Stande, möglichst bald schon eine Entscheidung hier abzugeben. Nun komme ich zur Frage dieses Quorums. Natürlich habe ich mir auch überlegt, warum 30 % und es ist ja dann sogar gestanden und ich glaube, du, Judith Schwentner, hast es angesprochen, 68.000 Stimmen. 68.000 Grazerinnen und Grazer sollen sich daran beteiligen. Warum gerade so viel? Das habe ich mich auch gefragt, dann habe ich nachgesehen und bin draufgekommen, ja, seltsamerweise, 68.600 Menschen haben bei der letzten

Gemeinderatswahl ÖVP und FPÖ gewählt und offensichtlich ist es jetzt eure Angst, dass ihr diese Menschen nicht mobilisieren könnt dafür, erstens hinzugehen und zweitens dann mit Ja für eine Gondel zu stimmen (*Appl.*).

Ein Satz noch zum Quorum. Ich habe mir angesehen, wie schaut das eigentlich bei Wahlen aus. Natürlich, da liegen wir deutlich darüber zum Glück, in Bälde ist ja auch die Arbeiterkammerwahl. Auch da wird eine höhere Wahlbeteiligung natürlich erwartet werden, aber wie sieht es aus beispielsweise mit der Landeslandwirtschaftskammer und siehe da, in Graz haben wir eine Beteiligung von 17 %, das ist natürlich nicht sehr viel. Allerdings wird niemand auf die Idee kommen zu sagen, naja, 17 % ist ein bisschen wenig, dieses Wahlergebnis erkennen wir nicht an, auch wenn die ÖVP dort eine große Mehrheit natürlich hat.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Auch bei der Wirtschaftskammerwahl gibt es Ergebnisse unter 30 %.

Eber:

Teilweise auch dort. Nachdem die Zeit schon knapp wird, bringe ich jetzt den Abänderungsantrag ein. Ich freue mich, den einbringen zu können im Namen von Neos, SPÖ Grünen und KPÖ:

Die Volksbefragung betreffend das vorliegende Plabutsch-Thal-Gondelprojekt durch die Stadt soll so rasch wie möglich durchgeführt werden. Noch vor dem Sommer dieses Jahres. Diese Vorziehung bewahrt die Stadt für den Fall einer negativen BürgerInnenentscheidung vor dann unnötigen Investitionen in der Größenordnung von Hunderttausenden Euro. Um beeinflussend und manipulativ wirkende Fragestellungen zu vermeiden, ist bis zur nächsten Gemeinderatssitzung die konkrete Fragestellung von ProjektbefürworterInnen und KritikerInnen gemeinsam mit Unterstützung externer Begleitung und unter Einbeziehung der Magistratsdirektion bzw. des Präsidialamtes zur juristisch - fachlichen Hilfestellung zu entwickeln. Danke.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Eine Volksbefragung sollte auf jeden Fall zeitnah erfolgen, um allfällige unnötige Investitionen für Detailplanungen und Studien hintanzuhalten.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Abänderungsantrag:

Die Volksbefragung betreffend das vorliegende Plabutsch/Thal-Gondelprojekt durch die Stadt soll so rasch wie möglich durchgeführt werden, noch vor dem Sommer dieses Jahres. Diese Vorziehung bewahrt die Stadt für den Fall einer negativen BürgerInnen-Entscheidung vor dann unnötigen Investitionen in der Größenordnung von vielen Hunderttausend Euro.

Um beeinflussend bzw. manipulativ wirkende Fragestellungen zu vermeiden, ist bis zur nächsten Gemeinderatssitzung die konkrete Fragestellung von Projekt-BefürworterInnen und -KritikerInnen gemeinsam mit Unterstützung externer Begleitung und unter Einbeziehung der Magistratsdirektion/des Präsidialamtes zur juristisch-fachlichen Hilfestellung zu entwickeln.

GRⁱⁿ Ussner:

Liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Tribüne. Ihr seid gerade mitten in die Diskussion reingeplatzt zur Plabutschgondel. Zu Anfang möchte ich gern festhalten, dass das ein neuer Tiefpunkt ist bei unseren parteipolitischen Machtspielchen.

*Zwischenruf GR **Sippel**: Demokratie nennt man das.*

Ussner:

Ja, mich wundert es auch immer noch, wie tief wir weiter hinuntersinken können in jeder Gemeinderatssitzung. Weil wir haben jetzt eine Situation, dass drei dringliche Anträge zusammengezogen wurden, zwei die thematisch zusammenpassen, einer ist dringlich, der andere nicht, der dritte handelt eigentlich sowieso von etwas völlig anderem, nämlich um den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und dagegen habt ihr anscheinend auch gestimmt. Ich möchte gerne noch einmal daran erinnern, dass wir uns hier in einem Gremium befinden, das sich dazu verpflichtet hat, eigentlich konstruktiv diese Stadt weiterzubringen und nicht irgendwelche parteipolitischen Machtspielchen oder Agitationen herumzuspielen (*Appl.*). Das ist wirklich peinlich. Jetzt zu der Diskussion rund um Demokratie. Wieder einmal sehr interessant, dass wir eine komplett unterschiedliche Auffassung von Demokratie haben. Was man jedoch auf Bundesebene genauso wie auf städtischer Ebene sieht, ist, dass ihr einen Demokratieabbau sondergleichen befördert. Geschichtlich betrachtet ist die Zivil-Gesellschaft in repräsentativen Demokratien immer ein wichtiges Korrektiv gewesen. Da war es egal, wie viele Leute sich da an einer Diskussion beteiligt haben, wichtig war der öffentliche Diskurs darüber. Lieblingskollege Sippel, zwecks faktenorientiert diskutieren. Das hat mich auch wieder sehr amüsiert, weil Sie nämlich meinen, wir wollen nicht faktenorientiert diskutieren. Ja bitte, dann seid doch so viel und macht die Machbarkeitsstudie öffentlich. Habt den Mut dazu und lasst uns faktenorientiert diskutieren: Solange das nicht der Fall ist, seid ihr nämlich diejenigen, die sich das nicht trauen, faktenbasiert mit der Öffentlichkeit zu diskutieren. Die Sache mit dem 30 %-Quorum ist ja eigentlich einfach feig. Weil die Geschichte war so, ihr habt überhaupt kein Interesse an einer Volksbefragung, dann seid ihr unter Druck gekommen, doch eine durchführen zu müssen und die einfachste Möglichkeit ist natürlich dann zu sagen, ja, wir führen aber ein Quorum ein, ein Mindestquorum, das eine Grazer Volksbefragung noch nie erreicht hat und damit hat sich die Geschichte. Also tut bitte nicht so, als würde euch irgendetwas an Demokratiepoltik liegen, weil dann würdet ihr nicht so eine feige Vorgehensweise wählen.

Die Stadträtin Elke Kahr hat es eh schon gut ausgeführt. Wir werden uns hier in diesem Sitzungssaal über dieses Thema nicht einigen, deswegen wäre es das Logischste, die Bevölkerung zu befragen und darüber entscheiden zu lassen und dann aber bitte ohne irgendwelche faulen Tricks, sondern ehrlich, offen und faktenorientiert.

Riegler:

Also, liebe Frau Kollegin Ussner. Jetzt muss ich dann doch mich auch zu Wort melden, denn nur, weil jemand nicht Ihrer Ansicht ist, ist das nicht automatisch so, dass man von einem Demokratieabbau sprechen kann oder von einer Feigheit. Tatsache ist, dass es eben, wie schon der Herr Klubobmann Sippel ausgeführt hat, alle fünf Jahre Wahlen gibt, diese Wahlen führen zu demokratischen Mehrheitsverhältnissen und daher kann natürlich die Mehrheit der Meinung sein, dass es sinnvoll ist, über den Plabutsch eine Seilbahn zu bauen. Wenn ihr jetzt dagegen seid, dann soll es ja durchaus recht und billig sein, wenn dann eben tatsächlich auch eine Volksabstimmung oder eine Volksbefragung erfolgt. Nur natürlich ist es so, dass die naheliegendste Frage stets jene ist, auch die von Journalisten, ab welcher Beteiligung ist es denn für Sie überhaupt relevant, das man sozusagen zu einer Meinungsbildung kommt, bei der eine möglicherweise kleine Minderheit dann entscheidend sein soll. Es ist nur fair genug, dass man vorher schon sagt, ok, machen wir eine Volksbefragung, aber wollen wir sie dann akzeptieren und verpflichtend akzeptieren, wir bekennen uns dazu, wenn eine bestimmte Anzahl an TeilnehmerInnen daran teilnimmt und dann werden wir sehen, ob es eben tatsächlich so ist, dass es eben tatsächlich eine so große Beteiligung gibt.

StR. Hohensinner:

Ich habe jetzt diese Diskussionen ein bisschen belauscht. Ich wollte mich ursprünglich nicht zu Wort melden, aber ich möchte drei Punkte anbringen. Aus meiner Sicht, die direkte Demokratie funktioniert dann, wenn man so etwas gut vorbereitet und genau

das werden wir mit dem dringlichen Antrag heute einleiten. Punkt 2, inhaltlich platzt mir der Kragen, wenn man versucht, dieses Projekt mit anderen Projekten der Stadt Graz auszuspielen. Es geht nicht um entweder, oder, sondern sowohl / als auch. Ich spreche da konkret da den Michi Ehmann an, der in einer Aussendung geschrieben hat, man kann Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen bauen. Lieber Michi, du weißt, wir eröffnen jedes Jahr ca. 10 bis 12 Kinderkrippengruppen und Kindergartengruppen neu. Wir setzen gerade jetzt die größte Schulausbauoffensive der Zweiten Republik. Das finde ich einfach nicht in Ordnung, dass man da versucht, Leuten Angst zu machen, dass die ÖVP und die FPÖ auf andere Projekte vergessen würde, das stimmt so nicht (*Appl.*). Der dritte Punkt, ich glaube, jede Partei hier in diesem Saal hat den Satz schon beansprucht, die Stadt Graz soll für alle Menschen zugänglich sein, ob jung oder alt, mit oder ohne Behinderung. Dieser Satz darf nicht einfach nur dann strapaziert werden, wenn es gerade in den Kram passt. Wir haben jetzt die Möglichkeit, für Rollstuhlfahrer, für Eltern mit kleinen Kindern und für ältere Menschen eine Gondelbahn umzusetzen. Wenn man jetzt sagt, das kann ein Gust-Mobil auch erledigen, bitte geht's in den Behindertenbeirat und fragt die Menschen mit Behinderung, wie sie auf einen Berg kommen wollen. Die grüne Fraktion hat heute zu Recht auch einen weiteren Lift eingefordert auf den Schloßberg, aber wer a sagt, muss auch b sagen und das gilt dann für den Plabutsch auch.

Ehmann:

Herr Vorsitzender, ich nehme mit, dass die ÖVP als auch die FPÖ, weil ihr habt euch gemeinsam zusammengeschlossen auch in dieser Frage, anlassbezogenes Opfer der Medien sind. Weil ihr seid gefragt worden, wann ist das verbindlich und ihr habt gesagt, ui, jetzt ist vielleicht doch gescheiter, machen wir eine Verbindlichkeit, weil wie können wir es verhindern, dass wir bei der Volksbefragung da blöd aussteigen? Dann nehmen wir einfach ein verbindliches Quorum und nehmen die 30 %, weil diese Hürde eh voraussichtlich nicht überschritten werden kann, es kann immer alles passieren. Offensichtlich seid ihr da, wie gesagt, anlassbezogenes Opfer. Bei der Dringlichkeit

selbst muss ich euch wirklich sagen, das ist ein Skandal. Sich herzustellen, die Dringlichkeit einzuberufen für den Antrag der Volksbefragung, gleichzeitig einen anderen Antrag, der dasselbe Thema behandelt, als nicht dringlich anzusehen, auch wenn man ihn inhaltlich nicht teilt, das ist eh ok, das ist eh in Ordnung, das ist in einer Demokratie so (*Appl.*), aber die Dringlichkeit nicht zu geben, das ist für mich unverständlich. Das ist wirklich absolut unverständlich und eigentlich, wenn dann nicht wiederkäme, das ist zu lächerlich und was weiß ich was, müsste man eigentlich ausziehen bei der Abstimmung, weil das ist demokratiepolitisch ein Witz, was ihr da aufführt teilweise. Das muss ich ehrlich sagen. Es geht um eine demokratiepolitische Entscheidung. Wir reden über die Dringlichkeit des Themas der Volksbefragung. Wir behandeln das in unserem Antrag und ihr behandelt es in eurem Antrag. Ihr stimmt der Dringlichkeit bei euch zu und bei uns nicht und jetzt sage ich noch einmal, man kann den Antrag inhaltlich teilen oder nicht teilen, das ist ja völlig klar, aber bei der Dringlichkeit nicht zuzustimmen beim selben Thema, da widerspricht ihr euch schon ein wenig. Ich hoffe, geschätzte Herren, Herr Klubobmann, dass du das emotional anders siehst, aber da hoffe ich schon auf die Vernunft, dass das ein klares Argument ist. Dann damit zu kommen, ja mit Kinderwägen geht es nicht und da geht es nicht und mit kleinen Kindern habe ich ein Problem, also Entschuldigung, ich war auf der Wallerhütte schon mit einem Kinderwagen und mit einer Buckelkraxen, wer es noch kennt, mit dem Kind, was natürlich eine anstrengende Geschichte ist, das brauchen wir ja gar nicht zu sagen, aber natürlich geht das. Bei Rollstuhlfahrern und Rollstuhlfahrerinnen, da gebe ich dir Recht, die tun sich natürlich mit der Gondel leichter, das ist gar keine Frage, aber technisch kann man es anders auch lösen, das muss ich auch sagen. Ich kann das sicher mit einem Bussystem, mit einem Mikro-ÖV oder wie auch immer natürlich auch lösen. Das heißt, es ist eine technische Frage, wie man das löst, aber möglich ist alles und dann möchte ich euch nur sagen noch zur repräsentativen Demokratie: Ja, natürlich stehen wir dazu, das ist eh keine Frage, aber wenn ich direkte Demokratie habe, vielleicht müssen wir dann andere Mittel, Wege finden, dass wir sagen, wir machen einmal im Jahr eine Abstimmung zu mehreren Themen, dass ich das ergänze im BürgerInnenbeteiligungsprozess, was jetzt eh

aufgeschlagen ist. Bzw. jetzt eh im Ausschuss jetzt letztes Mal war und abgestimmt wurde. Aber wie gesagt, da gibt es mehrere Ideen und eines noch zum Quorum. Da darf ich euch nur kurz etwas vorlesen, die Venedig-Kommission der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht ist eine Einrichtung des Europarates, die Staaten verfassungsrechtlich berät. So weit so gut. Die Kommission wurde am 10. März 1990 vom Ministerkomitee des Europarates gegründet. Die Venedig-Kommission des Europarates empfiehlt im Code of good practice of referendums aus dem Jahr 2007, bei Referenden keine Beiteiligungsquoten vorzusehen. Also ich halte nicht nur fest, dass ihr demokratiepolitisch teilweise Geisterfahrer seid, sondern ich halte auch fest, dass ihr, ÖVP und FPÖ, sich offensichtlich auch gegen den Europarat stellen. Das wundert mich auch sehr, also bitte, jetzt kommen wir wieder zurück zur Sache.

*Zwischenruf Str. **Riegler**: Bitte zum Schluss kommen, wir haben schon überzogen.*

Ehmann:

Keine Gondel, gleich eine Abstimmung, kein Quorum und bitte so schnell wie möglich, weil ich glaube, das ist das Sinnvollste für die Menschen und die Information, entschuldige, Kollege Frölich, aber das brauchst mir da nicht erklären, dass da jetzt mit hunderttausend Euro noch einmal nachträglich aufwändig aufbereitet werden muss und dass man das nicht mit den bisherigen Informationen, die jetzt schon zur Verfügung stehen, dass man das dann nicht dementsprechend jetzt schon der Bevölkerung präsentieren kann. Weil die Leute darf man nicht für Trottel halten. Ich muss euch das auch einmal sagen.

*Zwischenruf GR **Frölich**: Wir wollen es nicht sozialdemokratisch machen, sondern ordentlich.*

Riegler:

Lieber Klubobmann Ehmann, ich möchte nur festhalten, dass im dringlichen Antrag kein Quorum vorgesehen ist. Ihr tut da jetzt zwei Dinge miteinander vermischen, nämlich das, was ihr in der Zeitung lest, eine politische Positionierung und andere Dinge.

Gibt es noch weitere Wortmeldungen?

StR. Krotzer:

Ja, das Stichwort vom Stadtrat Riegler greife ich gleich auf. Ich habe nämlich im dringlichen Antrag auch noch einmal gesucht nach dem Quorum. Es ist dort nicht enthalten, wir haben es aber noch einmal herausgesucht aus der Kronenzeitung, wo die 30 % genannt wurden. Ich vergleiche das noch einmal mit der Pressekonferenz, die der Herr Bürgermeister und der Herr Vizebürgermeister am 14. Februar gegeben haben vor der letzten Gemeinderatssitzung. Damals war der Wortlaut noch 20 bis 30 %, jetzt ist man offenbar aufs obere oder aufs oberste Ende gegangen und ich muss schon auch noch einmal in Erinnerung rufen, dass man jetzt sagt, man will die Grazer Bevölkerung befragen. Da muss ich euch schon auch noch einmal erinnern an die Debatten, wie wir sie in den Monaten davor gehabt haben. Es hat ja auch die Anträge gegeben auf eine Volksbefragung. Ich kann mich noch erinnern, mit Schimpf und Schande hat man auf unsere Anträge damals reagiert und gesagt, ein Wahnsinn und die Kommunisten wollen schon wieder die Leute befragen usw. Erst nachdem am 12. Februar unsere Veranstaltung im Gasthaus Roschitz gewesen ist, wo es bumvoll war, wo wir Leute heimschicken mussten, weil sie gar nicht mehr Platz drinnen hatten, und wo ja auch ÖVP Gemeinderäte und FPÖ-Gemeinderäte dagewesen sind, die, so glaube ich, doch mitgenommen haben aus der Stimmung, dass, wenn man das Projekt einfach so durchzieht, dass man sich wahrscheinlich im Bezirk Eggenberg nicht mehr so schnell anschauen lassen kann, weil die Leute hier wirklich ordentlich angefressen waren und das waren bei weitem definitiv nicht nur Anhänger oder Sympathisanten der KPÖ. Darauf hat man reagiert, erfreulicherweise ist man jetzt dazu übergegangen, aber

nachdem es auch im Dringlichkeitsantrag nicht drinnen steht, will ich euch schon einmal ganz deutlich den Appell mitgeben, über das Quorum noch einmal nachzudenken. Ob man das dann wirklich so haben will und dass man dann wirklich auch hergehen würde, dass man beispielsweise eine Wahlbeteiligung von 25 % mit einem deutlichen Ausgang negieren will. Das will ich mir anschauen. Wenn wir ausgehen von einer Situation, wir haben die Volksbefragung beispielsweise im März 2020, lieber Kollege Sippel, wenn du dann auf salutieren musst beim Landesparteivorsitzenden Kunasek, wenn ihr zwei Monate vor der Landtagswahl so ein Quorum der Bevölkerung ignoriert. Da bin ich darauf gespannt.

Piffli-Percevic:

Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, verehrte ZuhörerInnen. Ja, wir wollten eigentlich über den Plabutsch reden. Wir haben fast ausschließlich über die Demokratie gesprochen und ich sage euch, wir sollten uns noch viel mehr Zeit nehmen, über Demokratie zu sprechen. Da fange ich gleich an, lieber Michael Ehmann. Wir haben eure Anträge niedergestimmt. Wir sprechen zu 99 % über den Inhalt eurer Anträge, wir setzen uns damit auseinander, wir hätten auch die Abstimmung gerne ans Ende verlegen können. Deswegen ist kein Argument von euch, weder schriftlich noch mündlich, des Platzes verwiesen worden. Niemand hat gesagt, in dieser Debatte diskutieren wir nur über unseren Antrag und ihr redet über euren, niemand. Niemand hat das gemacht. Niemand. Also da uns mangelndes Demokratieverständnis vorzuwerfen, das weise ich freundschaftlich zurück. Freundschaft ist ein Wort, das du ja sehr gut verstehst. Wir reden vorbehaltlos über das, was uns bewegt. Wir haben kein inhaltliches Sprechverbot zu keinem. Hie und da könnte der Ruf zur Sache, den bekomme ich jetzt gleich wahrscheinlich, erschallen. Frau Stadträtin Schwentner, aber wir haben Sie schon öfter jetzt hier auch erlebt. Undemokratisch jetzt nicht wegen der Debatte, wegen des Quorums. Ich möchte mich da keines Wortspiels bemächtigen und Klaus Frölich und der Herr Stadtrat Riegler haben das auch schon fast zur Gänze beantwortet, es ist kein Wortspiel, wenn ich zur folgenden Schlussfolgerung komme:

Die Volksbefragung, und über die haben wir geredet, nicht über andere, laut Steiermärkischem Volksrechtegesetz ist per Definition im Unterschied zu einem anderen Instrument, das ist die Volksabstimmung, per se unverbindlich, rechtlich unverbindlich. Es ist jetzt keine Umkehr des Spießes zu sagen, wir geben diesem Instrument freiwillig eine Verbindlichkeit, aber natürlich nicht um jeden Preis, sondern wir erhöhen die demokratiepolitische Wirkung und es fällt im Gegenteil jedenfalls keine Stimme unter den Tisch und das brauchen wir uns bitte nicht sagen lassen. Nur weil Sie wahrscheinlich schon jetzt sehen, dass Sie unterliegen werden, machen Sie das Instrument schlecht und unsere Demokratiehaltung, das muss ich strikte zurückweisen (*Appl.*).

Noch ein abschließendes Wort zu dem Antrag, der angeblich jetzt, war auch ein Vorwurf, nicht hätte da hineingezogen werden sollen, es beträfe den öffentlichen Verkehr. Wir können gerne darüber reden, nächstes Mal bringt ihr den auch ein, den werden wir gerne prüfen lassen. Aber im Punkt 2 steht drinnen, das Gust Mobil soll auf den Plabutsch fahren. Meine Vision ist, dass Rollstuhlfahrer mit der Seilbahn hinauffahren und dort, wo jetzt Fußgänger schon nicht gehen können, auf der ebenen, asphaltierten Straße, dann endlich Platz auch für Behinderte ist und für Fußgänger und kein Autoverkehr. Dauernd wird gehupt, weil die Fußgänger von der Straße springen müssen. Ich möchte das nicht, daher ist der Antrag völlig kontradiktorisch zu dem, was ihr in Wirklichkeit, so glaube ich, wollt. Aber ihr greift ja zu allem, ohne es zu hinterfragen, nur damit ihr dagegen sein könnt. Wir wollen einen naturschonenden, einen niederschwelligen, einen barrierefreien Zugang zu unserem Erholungsberg und daher bitte ich, unserem ...

Zwischenruf Dreisiebner: Das ist Unsinn, dass unser Vorschlag nicht barrierefrei ist.

Piffli-Percevic: Ich habe den Punkt 2 genannt, hör bitte zu. Da fährt das Gust-Mobil dauernd durch die Spaziergänger durch, das wollen wir nicht. Ich ersuche um Annahme unseres dringlichen Antrages.

Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) angenommen.

StR. Riegler:

Damit ist eine Volksbefragung beschlossen und durchzuführen.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (16.25 Uhr).

9.4 Jahreskarte Graz (GR Eber, KPÖ)

Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jahreskarte Graz ist das Thema. Wie die meisten von euch, von uns, wahrscheinlich den Medien entnehmen konnten, werden mit 1. Juli, wie jedes Jahr eigentlich, die Tarife wieder etwas erhöht. Praktisch alle Karten, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Möglich ist es, weil eben der Steiermärkische Verkehrsverbund die Möglichkeit hat, die Tarife um das 1,5-fache nunmehr des Verbraucherpreisindex zu erhöhen. Im Dezember 2014 wurde die "Jahreskarte Graz", ein Zuzahlungsmodell für alle Personen mit Hauptwohnsitz in Graz, beschlossen. Damals betrug die zu Zuzahlung € 171, statt € 399

mussten daher nur € 228 für die Jahreskarte bezahlt werden. Die Jahreskarte Graz ist ein einzigartiges Erfolgsmodell. Im vergangenen Jahr wurden bereits über 41.500 Stück verkauft, zur Erinnerung, im Jahr 2014 waren es noch 12.000 Jahreskarten, die verkauft wurden, aber natürlich hat es da natürlich einen gewissen Lenkungseffekt gegeben, dass weniger Halbjahreskarten beispielsweise verkauft wurden. Die Zuzahlung beträgt nunmehr seit einigen Jahren bereits 175 € und die Gefahr ist, dass der Vorteil einer Jahreskarte Graz sukzessive verpufft, wenn die Zuzahlung nicht Schritt hält. Dabei ist es aber auch wichtig, dass es bei der Jahreskarte und bei der Tarifaufgestaltung überhaupt um einen Lenkungseffekt geht. Gerade auch in den letzten Tagen und Wochen sind ja die Feinstaub- und Stickstoffdioxidwerte in der Grazer Luft durch die Medien gegangen. Insbesondere in den Wintermonaten wäre das Umsteigen auf sanfte Mobilität erforderlich. Der öffentliche Verkehr kann mit Anreizsystemen sowohl im Bereich des Angebots als auch im Tarifbereich wesentlich zu einer Luftgüteverbesserung beitragen. Einen Punkt möchte ich auch noch herausstreichen: Es geht meines Erachtens auch darum, die Zuzahlung einzuführen für Mehrzonenjahreskarten sozusagen, also jene, die über die Zone 101 hinausführen. Auspendler, die ihren Hauptwohnsitz in Graz haben, ihren Arbeitsplatz aber außerhalb der Zone 101, haben derzeit keine Möglichkeit, eine Zuzahlung in Anspruch zu nehmen.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, im Zusammenhang mit den Tarifsteigerungen per 1. Juli 2019 Möglichkeiten zu prüfen, die Zuzahlung der Stadt Graz zur "Jahreskarte Graz" entsprechend zu erhöhen.

Weiters werden die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht, auch ein Zuzahlungsmodell für Jahreskarten, die für mehrere Zonen (Auspendler) gelten, zu prüfen. Ich ersuche um Zustimmung, danke.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Mit 1. Juli sollen - wie jedes Jahr - die Tarife für den Verkehrsverbund wieder erhöht werden. Die Stundenkarte soll dann bereits € 2,50 kosten, die Jahreskarte € 456, fast alle Karten sind von der Erhöhung betroffen. Geschuldet sind diese Preissteigerungen der Tatsache, dass der Verkehrsverbund die Möglichkeit hat, die Tarife um das 1,5fache des Verbraucherpreisindex zu erhöhen. Im Dezember 2014 wurde die "Jahreskarte Graz", ein Zuzahlungsmodell für alle Personen mit Hauptwohnsitz in Graz, beschlossen. € 171 betrug die Zuzahlung, statt € 399 mussten daher nur € 228 für die Jahreskarte bezahlt werden. Seither ist die Jahreskarte ein einzigartiges Erfolgsmodell. Wurden 2014 noch 12.000 Jahreskarten (Vollpreis) verkauft, waren es 2015 bereits 34.000 "Jahreskarten Graz". Im vergangenen Jahr waren es erstmals über 40.000 Stück, konkret 41.500. Dazu kommen noch 4.300 reguläre Jahreskarten, die 2018 verkauft wurden. Mittlerweile beträgt die Zuzahlung € 175, hält also bei weitem nicht mit den Preissteigerungen Schritt. Der Vorteil einer "Jahreskarte Graz" verpufft allerdings sukzessive, wenn die Zuzahlung nicht mithält.

Dabei geht es auch um einen Lenkungseffekt. Die alarmierenden Feinstaub- und Stickstoffdioxidwerte in der Grazer Luft erfordern insbesondere in den Wintermonaten ein Umsteigen auf sanfte Mobilität. Der öffentliche Verkehr kann mit Anreizsystemen sowohl im Bereich des Angebots als auch im Tarifbereich wesentlich zu einer Luftgüteverbesserung beitragen.

Dazu gehört auch, die Zuzahlung über die Zone 101 hinaus einzuführen. Auspendler, die ihren Hauptwohnsitz in Graz haben, ihren Arbeitsplatz aber außerhalb der Zone 101, haben derzeit keine Möglichkeit, eine Zuzahlung in Anspruch zu nehmen.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Dringlichkeitsantrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, im Zusammenhang mit den Tarifsteigerungen per 1. Juli 2019 Möglichkeiten zu prüfen, die Zuzahlung der Stadt Graz zur "Jahreskarte Graz" entsprechend zu erhöhen.

Weiters werden die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht, auch ein Zuzahlungsmodell für Jahreskarten, die für mehrere Zonen (Auspendler) gelten, zu prüfen.

GRⁱⁿ Ussner:

Ich wollte mich bedanken für den Antrag. Wir haben das eh schon vor ein paar Monaten einmal thematisiert, dass wenn wir weitermachen, mit den Erhöhungen, irgendwann die Schere für ein Studenticket und fürs Parken und für Studentickets für die Öffis einfach noch weiter auseinandergeht. Da muss die Stadt einfach eine Position einnehmen, indem sie das korrigiert, damit das einfach attraktiv bleibt, die Öffis zu nutzen, anstatt mit dem Auto herumzufahren. Außerdem, mein Kollege Karl Dreisiebner hat sogar 2016 im April einen ähnlich lautenden, aber sinngemäß gleichen Antrag auch schon einmal eingebracht und deswegen werden wir natürlich zustimmen. Danke.

GR Lohr:

Liebe Kollegen, wahrscheinlich geht es mir gleich, die Frau Ussner hat mich auch erinnert, mir kommt es auch vor wie ein Déjà-vu hier heraußen. Die KPÖ reitet alljährlich, die Jahreskarte Graz ist nichts Neues. So wie das Amen im Gebet kommt sie jährlich mit diesem Vorschlag.

*Zwischenruf StRⁱⁿ. **Kahr** unverständlich.*

Lohr: Ja, schön, dass sie das einmal heraußen zugeben, für den Kommunismus haben wir dann auch noch etwas. Aber ihr seid's unglaublich. Beim Budget stimmt ihr alljährlich auch nicht mit und dann ein paar Monate später Forderungen hier stellen und Wünsche hier bekannt geben, das ist eben unglaublich.

Teuerungen gibt es jedes Jahr in jedem Bereich. Eben beim Kommunismus kenne ich mich nicht aus, aber im zivilisierten Westen ist das so, darum lehnen wir den Antrag ab.

StR. Riegler:

Ich kann immer nur, wie man in dem einen Kirchenlied singt, „staunen nur kann ich“, denn tatsächlich, wie der Herr Lohr richtig gesagt hat, ihr stimmt jedes Jahr gegen das Budget, obwohl ich hier genau an dieser Stelle gestanden habe und gesagt habe, bitte, unterstützt uns, schauen wir, dass wir gemeinsam so wichtige Dinge, wie z.B. die Verkehrsfinanzierung, gemeinsam beschließen, aber nein, ihr stimmt dagegen, hättet dann aber gerne, dass man noch zusätzlich Mittel frei macht. Ich möchte meine Wortmeldung kurz darauf dazu nutzen, einerseits einmal tatsächlich diese Erfolgsstory zu benennen. Denn im Jahr 2014, vor Einführung der Jahreskarte Graz, waren wir bei ca. 12.000 verkauften Stück Jahreskarten und im Jahr 2015, im Jahr danach, nachdem der Herr Bürgermeister das eingeführt hat...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Das hat nicht der Herr Bürgermeister eingeführt.

Auch die KPÖ und andere Parteien haben zugestimmt. Ohne uns hätte er das nicht machen können. Ich bin erbost, welche Geschichte du erzählen kannst, weil sie gar nicht stimmt.

Riegler:

Ja, ok, ich möchte die Bitte im Protokoll erwähnt haben, dass selbstverständlich auch die KPÖ an dieser Erfolgsgeschichte beteiligt war, die dann eben weitergegangen ist mit 35.000 verkauften Tickets im Jahr 2015. Mittlerweile sind wir im Jahr 2018 bei 41.000 verkauften Jahreskarten. Das Ganze kostet im Budget 7 Mio. Euro. Das heißt, es gibt auch durchaus einen gewaltigen zusätzlichen budgetären Finanzierungsbedarf, um das zu finanzieren. Daher sehen wir zwar grundsätzlich es für positiv an, dass eben auch die KPÖ sich zu dieser Jahreskarte bekennt, allerdings sehen wir keine Dringlichkeit darin zu prüfen, dass wir jetzt sozusagen diese Zuschüsse noch weiter erhöhen zu Lasten des Budgets und auch ich muss Sie enttäuschen, was die Auspendler betrifft, ist es nicht so, dass wir hier jetzt mitgehen können hinsichtlich der Dringlichkeit, denn das würde ja bedeuten, dass wir in den Verkehrsverbund zusätzlich Mittel einschießen müssten, damit wir eben für die Strecke außerhalb von Graz gewissermaßen eine Finanzierung bereitstellen. Da sehen wir im Moment keine Dringlichkeit und muss daher ankündigen, dass wir da wahrscheinlich nicht mitgehen werden.

GR Eber:

Ein Schlusswort zur Dringlichkeit, aber ein weiteres wird es ja offensichtlich nicht geben. Ich möchte nur hinweisen, der Herr Stadtrat Riegler hat gesagt, das kostet dem Budget jetzt mit diesen 41.500 verkauften Karten 7 Mio. Euro im Jahr. Das ist natürlich richtig, auf der anderen Seite muss man allerdings dazu sagen, das belastet, oder das gesamte Haus Graz ist ja deswegen nicht mit 7 Mio. Euro belastet, weil es auf der anderen Seite eben diese steigenden Einnahmen gibt. Ich finde es sehr schade, dass der Herr Stadtrat und die ÖVP und die FPÖ hier nicht zustimmen können, mit dem Verweis auch aufs Budget. Vielleicht ist es ja auch so, dass wir dem Budget nicht zugestimmt haben, weil wir dann immer wieder kommen müssen, um neue Vorschläge, neue Ideen und so weiter hier auch einzubringen. Natürlich wäre es eine Möglichkeit gewesen, das bereits bei den Budgetgesprächen hier umzusetzen, das

wäre uns natürlich auch lieber gewesen, dann hätten wir diese Diskussion jetzt vielleicht nicht in dieser Art und Weise zu führen. Ich denke mir jedenfalls, 175 € beträgt die Zuzahlung jetzt doch schon seit, wenn ich mich nicht täusche, seit 2016 und meines Erachtens wäre es da durchaus notwendig, dass wir hier unabhängig von dem heutigen Antrag und der Nicht-Beschlussfassung, dass man hier jedenfalls weiter darüber redet und nachdenkt, wie man mit der Jahreskarte weiter verfahren soll. Danke.

Nagl:

Hoher Gemeinderat, ich kann mir eine Bemerkung jetzt nicht ersparen, weil wir ja jedes Jahr wirklich Rituale haben. Es ist jedes Jahr das Ritual, dass der öffentliche Verkehr günstiger sein soll. Wir können auch darüber debattieren, ob der öffentliche Verkehr gar nichts mehr kosten soll.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Ja!

Nagl:

Ich wäre auch dafür, aber jetzt kommt der wichtige Punkt und den möchte ich hier nur grob skizzieren. Weil das vergessen ein paar, wenn sie etwas einfordern. Ich habe damals die Idee gehabt, als ich gehört habe, wir gehen mit der Jahreskarte über 400 €, habe ich damals auch zur KPÖ, zur Frau Stadträtin Kahr in erster Linie, gesagt, können wir darüber reden? Ich glaube, dass es viele Menschen geben wird, die nicht so mir nichts, dir nichts 400 € für eine Jahreskarte hinlegen können und deswegen müssen wir etwas tun und wir haben uns für einen Weg geeinigt, Sozialdemokratie, ich glaube es waren eh alle dabei, dass wir gesagt haben, wir bezuschussen jetzt in Graz, in dieser 101-Zone bezuschussen wir und 175 € sind 175 €, verpuffen können sie schwer, aber im Laufe der Jahre, bei Steigerungen, macht es natürlich nicht mehr so viel aus, aber es

bekommen die Menschen auch jedes Jahr ihren Indexsprung schon auch dazu, liebe KPÖ, und das was ich auch zum Gratisverkehr usw. anschauen möchte, wenn wir da halbwegs Schritt halten wollen und wir wissen, unabhängig von Investitionen, die gewaltig viel kosten, jetzt haben wir drei Straßenbahnlinien mit 120 Mio. Euro gerade wieder beschlossen, oder 90 neue Busse angeschafft usw. Aber jetzt komme ich zu den Betriebskosten, und da bitte ich, einfach nur noch einmal zuzuhören, das ist nämlich wichtig. Wir haben jetzt eine Bezuschussung von 55 Mio. Euro nur bei unseren Graz Linien. Da ist, wenn ich so sagen darf, da sind noch mit drinnen beim Ergebnis der Graz Linien, das ist aus dem Kopf heraus, rund 35 Mio. Euro Einnahmen von Menschen, die auch eine Karte lösen. Ob es eine Jahreskarte oder Einzelticket ist. Wenn wir auf die verzichten würden, dann hätte wir 90 Mio. Euro Defizit, ohne die Investitionen. Das ist schon eine gewaltige Summe, die wir erst einmal aufbringen müssen. Jetzt möchte ich Ihnen auch sagen, und das ist ein Zusammenhang, den ich gerne herstellen würde: Wenn du über die Bezuschussung der Karten sprichst, kommt das zum Teil aus dem Steuertopf, zum Teil zahlen die Menschen natürlich, weil sie es auch benutzen, aber es kommt noch etwas dazu, da muss man schon versuchen, ehrlich und glaubwürdig mit einem Thema umzugehen, nämlich, wie schaffen wir bei der Holding diese Ergebnisse? Weil wir aus vielen anderen Firmen, die wir haben, vom Flughafen, über Strom, über Gas, über Wasser, Ergebnisse erzielen, die wir steuerschonend auch in diesem großen Unternehmen Holding Graz für den Verkehr verwenden können. Deswegen tut mir das immer doppelt weh, wenn man der Bevölkerung nicht ehrlich sagt, Achtung, Strom, Wasser, Gas, alles wird jedes Jahr teurer, ja das müssen wir auch einfordern, weil wenn das nicht kommt, könnten wir uns das alles nicht leisten und wir haben ja noch nie das Angebot zurückgefahren. Wir bauen es ja nur zusätzlich jährlich aus. Auch die Verkehrsstadträtin kann neue Linien verkünden, wir können den Menschen etwas anbieten und diesen Gesamtzusammenhang bitte ich einfach zu berücksichtigen in der Diskussion. 100 Mio. Euro plus die Bezuschussung kann man nicht so leicht hinlegen. Ich wollte das nur einmal wieder allen klarmachen. Auf der einen Seite sagen, billiger, billiger, billiger, das wünschen wir uns alle, am liebsten wäre mir auch, dass das nichts mehr kostet. Aber ich muss so realistisch sein und verweise da gerne auf einen

Finanzstadtratvorgänger vor mir, Edler, der immer gesagt hat, Freunde, da müssen wir schon klar trennen, wir sind für diese Unternehmen auch verantwortlich, dass die Arbeitsplätze dort auch sicher sind, dass diese Unternehmen ihre Infrastrukturleistungen machen können und können uns nicht hinunterlizitieren, weil dann wird es irgendwann wirklich ein echtes Problem geben.

StRⁱⁿ Kahr:

Kann ich auch noch etwas sagen?

Nagl:

Du kannst auch gerne etwas sagen, nein, das Schlusswort hat es schon gegeben. Ich habe jetzt nur was sagen müssen, weil wir immer die Debatte führen und uns überbieten wollen in Gratisangeboten.

Kahr:

Nein, es geht nicht ums Überbieten. Es ist vollkommen, du hast vieles angesprochen, was richtig ist, das haben wir auch nie anders gesehen oder behauptet. Mein Kollege war auch nicht hier heraußen und hat einen Gratis-ÖV gefordert. Er hat nur ersucht, dass wir das Signal im Grazer Gemeinderat setzen, dass es nicht automatisch teurer wird. Wir kommen mit der Jahreskarte nächstes Jahr auf über 300 €. Wir haben mit 228 € damals, als wir das gemeinsam hier im Haus beschlossen haben, es war damals SPÖ, ÖVP und KPÖ, die den Vorschlag gemacht haben aus gutem Grund und das hat sich auch gezeigt. Es waren viele Skeptiker damals, ich weiß es, auch von der Holding Graz Linien, die gesagt haben mit demselben Argument, teilweise zu Recht, Ausbau ÖV kostet etwas, aber wir haben es geschafft, dass wir mehr Leute gewinnen konnten. Da haben wir vorher aber auch jahrelang dasselbe gefordert. Achtung, schauen, dass es

nicht jährlich steigt, denn sonst wären wir jetzt schon weit über 550 €, wenn wir der Logik gefolgt wären.

Nagl:

Aber noch einmal, es bekommt aber auch jeder jedes Jahr bei seinem Lohn, den er bekommt, auch eine indexierte Erhöhung. Sie ist nicht so hoch, wie es oft ausfällt im Verkehrsverbund, aber da kämpfen wir eh drum, dass wir nicht mehr den Faktor 1,75 haben, aber auch das ist nicht so einfach zu sehen, weil auch die Mitarbeiter wollen alle ihre Löhne bekommen und ich glaube nicht, dass wir einmal den Linien sagen sollen, ihr könnt jetzt leider die nächsten drei Jahre keine Lohnerhöhung bekommen, weil die müssen wir ja auch zahlen. Wie gesagt, mir geht es um das Gesamtgefüge und das ist natürlich eine Erweiterung, wie der Herr Stadtrat gesagt hat, weil jetzt geht es um Auspendler, die die Zone 101 sogar verlassen würden und das ist nicht nur kompliziert im Verkehrsverbund, da wünsche ich allen alles Gute allen bei den Berechnungsmodellen, da kann der Herr Finanzdirektor uns wahrscheinlich ein Lied singen, sondern das würde auch zusätzlich Geld kosten, das über das hinausgeht und ich bin in erster Linie daran interessiert, dass die Leute, die in Graz arbeiten, das kommt auch noch dazu. Das Thema der Einpendler haben wir auch noch. Jetzt aber, damit es nicht zu lange wird, wir haben einen Antrag zur dringlichen Behandlung. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

9.5 Änderung des Stmk. Hebeanlagengesetzes (GR Luttenberger, KPÖ)

Luttenberger:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Gäste auf der Galerie. Bevor ich jetzt herausgegangen bin, hat mir gerade der Andreas Fabisch zugeflüstert, große Wahrheiten sind relativ einfach zu erklären und ich versuche dieses sperrige Ding in einfachen Worten einerseits zu erklären, aber andererseits nichts Wichtiges wegzulassen. Das Steirische Hebeanlagengesetz, das verfolgt uns ja schon einige Zeit. Zur Erinnerung, es geht um eine Novelle des 2015 verabschiedeten Hebeanlagengesetzes und das ist wieder eingebettet in eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2014 und diese Richtlinie basiert wieder auf einer EU-Empfehlung der Kommission aus dem Jahr 1995 und es geht darum, es geht nicht um neue Hebeanlagen, es geht um Liftanlagen vor allem in Wohnhäusern und Siedlungen. Für die neu installierten Liftanlagen gilt ja die aktuelle Version, aber wir reden jetzt von den bestehenden und schon veralteten Liftanlagen in diesem Wohnbereich. Es geht vor allem um Prüfung, um sicherheitstechnische Prüfung und Nachrüstung. Wir wollen natürlich alle, dass unsere Lifte sicher sind. Da brauchen wir ja kein Wort zu verlieren. Ich möchte ja nicht, wie in amerikanischen Katastrophenfilmen erleben, dass der Lift irgendwie nicht funktioniert und die Bewohner müssen mit einem Gleitschirm irgendwie da hinausfliegen, damit die Sicherheit gewahrt bleibt. Bei der jetzigen Gesetzeserläuterung hat der TÜV erklärt, wenn es zu einer totalen Nachrüstung einer veralteten Liftanlage kommen müsste, ist mit einem Betrag von 35.000 € zu rechnen. Das ist so formuliert, dass das als Maximalbetrag zu sehen ist. Es gibt natürlich Abstufungen, aber das könnte sozusagen Mieterinnen und Mieter oder Bewohnerinnen und Bewohner von Eigentumswohnungen passieren, wenn ein veralteter Lift gesamt nachgerüstet werden muss. Jetzt kommen wir schon zum Problem. Die ersten Liftanlagen wurden ja bereits nachgerüstet und noch einmal, wir hatten schon eine Debatte über diese 35.000 €, dass das ein wahnsinnig hoher Betrag ist und dass das oft schwer zu stemmen ist. Jetzt kommen die ersten Einschätzungen,

dass es nicht bei diesen 35.000 Euro bleibt, sondern dass bis zu 80.000 Euro, aufgrund erster Kostenvoranschläge, hier eingehoben werden könnten. Ich betone nochmals, wir reden nicht von den neuen Anlagen, wir reden von den bestehenden. Dazu muss man auch noch sagen, es ist ja nicht so, dass bis jetzt die Lifte überhaupt nicht kontrolliert wurden. Es gibt Wartungsverträge, der TÜV wartet diese Lifte und bis zu 8.000 Euro kostet das im Jahr und es ist ja nicht so, dass da einer mit der Taschenlampe hineinschaut und sagt, naja, das Kabel hängt eh noch dran, sondern es werden auch schon jetzt Teile ausgewechselt, die einer großen Belastung ausgesetzt sind und man bekommt auch ein Zertifikat vom TÜV, wo der Stand der Technik und der Stand der Qualität nachzulesen ist und im Großen und Ganzen hat das ja bis jetzt mit einem Gut bewertet werden können und diese neue Gesetzesnovelle ändert natürlich die Sache vehement und ich habe schon anfangs gesagt, natürlich betrifft es auch Graz. Es gibt rund 2.400 Liftanlagen in der Steiermark, davon nicht wenige in Graz und es sind nicht nur die Lifte, es sind auch die Leute, die in diesen Wohnungen leben, älter geworden. Wir reden jetzt von Pensionistinnen und Pensionisten, von Witwen und Witvern und diese Betriebskostenvermehrung ist für viele Menschen besorgniserregend und geht an die Grenze ihrer materiellen Möglichkeiten. Jetzt schalten wir uns ein und sagen, das Land Steiermark sollte hier diese Gesetzesnovelle schon nochmals nach diesen Punkten überprüfen und ich und wir fangen ja niederschwellig an. Wir versuchen auf dem Petitionsweg beim Land zwei Punkte zu erreichen. Ad 1, dass dieser § 20 des Hebeanlagengesetzes, dass da einige Änderungen passieren und ad 2, dass es entweder Förderungen gibt oder Annuitätenzuschüsse, je nach Situation, von 40 %, damit für die betroffenen Damen und Herren, Bürgerinnen und Bürger die Kosten nicht so explodieren und das kommt jetzt langsam aber sicher in eine Phase, wo wir in diese Situation gelangen werden. Jetzt komme ich zum
Petitionstext:

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Die Stadt Graz wendet sich auf dem Petitionsweg an den Landtag Steiermark und die Steiermärkische Landesregierung mit folgendem Ersuchen:

- A) § 20 Stmk. Hebeanlagengesetz soll in der Form geändert werden, dass
- für bestehende und in Betrieb befindliche Aufzüge oder Hebeeinrichtungen für Personen nur die sich aus zwingendem EU-Recht ergebenden Nachrüstungsmaßnahmen vorgeschrieben werden,
 - die Sicherheitsprüfung sich unter Bedachtnahme auf die grundlegenden Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen für die Konzeption und den Bau von Aufzügen und Sicherheitsbauteilen von Aufzügen gemäß Anhang 1 der Aufzüge-Sicherheitsverordnung 1996, BGBl. Nr. 780/1996 idF BGBl. II Nr. 464/2005, nur auf die Gefährdungen, die beim Betrieb eines Aufzuges bereits eingetreten oder - trotz der anlässlich regelmäßiger Wartungsmaßnahmen nicht in Frage gestellten Betriebssicherheit der Anlage - mit Sicherheit zu erwarten sind, erstreckt,
 - Sicherheitsberichte, die auf einer vor dem Inkrafttreten der Novellierung des Steiermärkischen Hebeanlagengesetzes 2015 vorgenommenen Sicherheitsprüfung beruhen, außer Kraft treten,
 - die Durchführung der Sicherheitsprüfung weiterhin zu den im Gesetz angeführten Zeitpunkten zu erfolgen hat.
- B) Das Land Steiermark gewährt eine nicht rückzahlbare Förderung bzw. richtet im Falle von Darlehensaufnahmen im Zuge von Lifterneuerungen einen 40-%igen Annuitätenzuschuss ein, damit übermäßige finanzielle Belastungen der BewohnerInnen, die sich aus der Nachrüstung bestehender, immer korrekt überprüfter und gewarteter Aufzugsanlagen ergeben, hintangehalten werden.

Ich würde mich sehr freuen, wenn hier sachlich diskutiert wird und vielleicht gelingt es sogar, dass wir hier mehrheitlich zu einer Einigung kommen.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Mit dem Stmk. Hebeanlagengesetz 2015 – StHebAG wurden nicht nur Inhalte der EU-Richtlinie 2014/33/EU hinsichtlich neuer Aufzüge im privaten Wohnbereich und in nicht-gewerblichen Arbeitsstätten, sondern auch die unverbindliche Empfehlung der Kommission vom 8. Juni 1995, 95/216/EG, umgesetzt. Der Schwerpunkt des Gesetzes liegt bei der Durchführung der sicherheitstechnischen Prüfung und allfälligen Nachrüstverpflichtung für bestehende Aufzüge. In den Erläuterungen zum Gesetzesentwurf heißt es zu den maximal zu erwartenden Kosten der Nachrüstung eines alten Aufzugs wörtlich:

„Laut TÜV können die Kosten für allfällige Nachrüstungsmaßnahmen abhängig vom Baujahr der Anlage bis zu ca. € 35.000,- betragen. Diese Kosten von ca. € 35.000,- beziehen sich jedoch auf eine Gesamtanierung eines Wohnhausaufzuges (5-6 Halte, 320 kg, Baujahr vor 1975). Es handelt sich dabei um Aufzüge, die nahezu 40 Jahre alt und älter sind und bei denen aufgrund des Alters der Aufzüge die technischen Hauptkomponenten aus Sicherheitsgründen zu erneuern sind.“

Dies ist nicht als grobe Kostenschätzung zu lesen. Vielmehr wurden in den Erläuterungen die Kosten von ca. 35.000 Euro pro Liftanlage offenkundig als Maximalwert angegeben – und das für den Fall, dass aufgrund des Alters der Aufzüge technische Hauptkomponenten zu erneuern wären.

Nun sind die ersten Liftanlagen in der Steiermark bereits einer Sicherheitsprüfung unterzogen worden. Das Ergebnis ist für die BewohnerInnen der betroffenen Häuser schockierend. Obwohl die Liftanlagen – zu nicht unerheblichen Wartungskosten von etwa 8.000 Euro jährlich pro Lift – immer geprüft, gewartet, abgenützte Anlagenteile ausgetauscht und die Anlagen schließlich laut gesetzlicher jährlicher Überprüfung durch den TÜV nach dem bewilligungsgemäßen Zustand für „gut“ befunden wurden, fallen nun Kosten an, die die genannten 35.000,- Euro bei weitem überschreiten.

So wurden bei einigen Liftanlagen in Graz Kostenvoranschläge für die Nachrüstung von bis zu 80.000 Euro pro Lift vorgelegt.

Betroffen sind besonders BewohnerInnen von Häusern, die vor mehr als 40 Jahren gebaut wurden. Gerade in diesen Häusern leben naturgemäß meist ältere Menschen, Pensionistinnen und Pensionisten, viele Witwen und Witwer, die über kein hohes Einkommen verfügen. Noch dazu sind bei diesen alten Gebäuden aufgrund vieler anderer notwendiger Renovierungsmaßnahmen, (thermischen) Sanierungen und Brandschutzmaßnahmen die Rücklagen aufgebraucht.

Werden die Fristen für die sicherheitstechnische Überprüfung bzw. für die Nachrüstungsmaßnahmen nicht eingehalten, so hat die Behörde den Betrieb bescheidmäßig zu untersagen. Für die teils betagten BewohnerInnen von Mehrfamilienhäusern, aber auch für Eltern mit kleinen Kindern oder bewegungseingeschränkten Personen wäre die Stilllegung der Liftanlagen in mehrstöckigen Häusern und Hochhäusern natürlich fatal.

Für viele betroffene BewohnerInnen stellen die nun zu erwartenden immensen Kosten für die Lift-Nachrüstung eine untragbare zusätzliche finanzielle Belastung dar. Da sich nun herausstellt, dass wesentliche Angaben, die in den Materialien zum Gesetzesentwurf gemacht wurden, offenkundig nicht der Realität entsprechen, dass vielmehr die tatsächlichen Kosten mehr als das Doppelte über diese Angaben hinausgehen, ist es dringend geboten, dass der Landtag seinen damaligen Gesetzesbeschluss überdenkt und die nötigen Änderungen des Stmk. Hebeanlagengesetzes beschließt.

Rechtlich ist dies ohne weiteres möglich. Die diesem Gesetz zugrundeliegende „Norm“ (95/216/EG) ist in Wahrheit nämlich nur eine unverbindliche Empfehlung, welche aus dem Jahr 1995 stammt. Es handelt sich keinesfalls um zwingendes EU-Recht. Zwingend gemäß der Europäischen Aufzugsrichtlinie ist tatsächlich nur die Umsetzung der Sicherheitsbestimmungen für das Inverkehrbringen neuer Aufzugsanlagen. Für bestehende Lifte in Privathäusern gibt es keine wie immer geartete zwingende europäische Norm, die diese kostspieligen Maßnahmen für geprüfte und als sicher begutachtete Liftanlagen vorsehen würde.

Wie viele Grazerinnen und Grazer betroffen sein werden, lässt sich erahnen: In den Erläuterungen heißt es nämlich, dass in der Steiermark 534 Aufzüge aufgrund der neuen Bestimmungen umfassend zu sanieren seien. Weitere 500 - 600 Aufzüge seien einer Teilsanierung bezogen auf die drei Hauptmängel zu unterziehen. Da die Gesamtanzahl der Anlagen bei insgesamt ca. 2400 Anlagen liegt, müssten also fast die Hälfte aller privaten Liftanlagen in den nächsten Jahren umfassend saniert werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Die Stadt Graz wendet sich auf dem Petitionsweg an den Landtag Steiermark und die Steiermärkische Landesregierung mit folgendem Ersuchen:

1) § 20 Stmk. Hebeanlagengesetz soll in der Form geändert werden, dass

- für bestehende und in Betrieb befindliche Aufzüge oder Hebeeinrichtungen für Personen nur die sich aus zwingendem EU-Recht ergebenden Nachrüstungsmaßnahmen vorgeschrieben werden,*
- die Sicherheitsprüfung sich unter Bedachtnahme auf die grundlegenden Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen für die Konzeption und den Bau von Aufzügen und Sicherheitsbauteilen von Aufzügen gemäß Anhang 1 der Aufzüge-Sicherheitsverordnung 1996, BGBl. Nr. 780/1996 idF BGBl. II Nr. 464/2005, nur auf die Gefährdungen, die beim Betrieb eines Aufzuges bereits eingetreten oder - trotz der anlässlich regelmäßiger Wartungsmaßnahmen nicht in Frage gestellten Betriebssicherheit der Anlage - mit Sicherheit zu erwarten sind, erstreckt,*
- Sicherheitsberichte, die auf einer vor dem Inkrafttreten der Novellierung des Steiermärkischen Hebeanlagengesetzes 2015 vorgenommenen Sicherheitsprüfung beruhen, außer Kraft treten,*

- *die Durchführung der Sicherheitsprüfung weiterhin zu den im Gesetz angeführten Zeitpunkten zu erfolgen hat.*
- 2) *Das Land Steiermark gewährt eine nicht rückzahlbare Förderung bzw. richtet im Falle von Darlehensaufnahmen im Zuge von Lifterneuerungen einen 40 %igen Annuitätenzuschuss ein, damit übermäßige finanzielle Belastungen der BewohnerInnen, die sich aus der Nachrüstung bestehender, immer korrekt überprüfter und gewarteter Aufzugsanlagen ergeben, hintangehalten werden.*

Nagl:

Danke vielmals, Herr Gemeinderat. Wir haben ja das große Glück, dass wir einige Hofräte im Gemeinderat haben und einer dieser Hofräte des Landes wird sich jetzt zu Wort melden.

GR Topf:

Lieber Kollege Luttenberger, das ist ein Thema, wo ich in der Diskussion auch bei uns im Klub mir nicht ganz leicht getan habe, denn immerhin ist dieses Hebeanlagengesetz natürlich in Absprache mit meinen, jetzt kann ich es schon durchaus sagen, ehemaligen Kollegen aus dem Sachverständigendienst entstanden, die durchaus kritisch diese jetzige Situation bei den Altanlagen, du hast es angesprochen, durchleuchtet haben. Das heißt, dieses Hebeanlagengesetz in Nachfolge des sogenannten Aufzugsgesetzes, das war der Vorgänger, Hebeanlagengesetz ist ein etwas größerer Begriff oder umfasst mehrere Anlagen, unter anderem auch Aufzüge, war schon die Diskussion, jetzt aufbauend auf den beiden Richtlinien bzw. auch der Forderung der EU, darüber nachzudenken, wie schaut es jetzt wirklich aus bei diesen alten Aufzügen? Und das möchte ich eben für das Protokoll schon noch einmal klar festlegen, dass es hier um die Sicherheitssituationen geht. Wir kennen noch immer alte Aufzüge, wo sozusagen diese Zwischentür z.B. fehlt, wo man sozusagen durchaus in eine Situation kommen könnte, es betrifft insbesondere ältere Leute, aber auch Kinder usw., wo hier durchaus

Gefahr besteht. Das heißt, wir stimmen der Dringlichkeit und dem Inhalt zu unter dem Gesichtspunkt, dass natürlich die Sicherheitssituation nicht unterlaufen werden soll. Das ist ganz wichtig, gerade ein Aufzug, wo sozusagen viele Menschen sich vielleicht etwas schwerer tun, hier den Aufzug zu betreten, wo es unter Umständen auch eng wird in einem Aufzug, da sollte schon aufgepasst werden, dass hier alle Sicherheitsmaßnahmen, die sozusagen aus der Sachverständigenseite von ehemaligen Kollegen hier auch angemerkt wurden und in dieses Gesetz eingeflossen sind, dass das berücksichtigt wird. Das ist ein Gesichtspunkt, den ich besonders betonen will. Auf Kosten der Sicherheit sollte es nicht gehen. Wir haben noch einmal auch zurückgefragt. Natürlicherweise jetzt in den zuständigen Landesdienststellen, die sozusagen einerseits die fachliche Situation betrachten, aber auch die Förderungssituation und ich kann hier durchaus anmerken nach Rücksprache, dass erstens einmal die Sicherheitssituation noch einmal überprüft wird, damit man wirklich hier nicht sozusagen ein Sicherheitsproblem aufmachen und es ist auch angesprochen worden die Förderungssituation. Offensichtlich gibt es die Möglichkeiten, hier haben wir Rücksprache gehalten mit dem Wohnbauressort von Landesrat Seitinger, dass es hier für Härtefälle, wo diese Kostensituation wirklich explodiert, offensichtlich ein Fördermodell angedacht oder angeboten wird um Zuschüsse, hier wird von Zuschüssen gesprochen, ob das jetzt Annuitätenzuschüsse sind oder direkte Zuschüsse zu den Umbaukosten von in etwa 40 % hier angeboten werden. Das heißt, wir haben hier eine Möglichkeit tatsächlich, wenn es um die Sicherheit geht, und das ist notwendig, weil es wirklich ein Sicherheitsproblem darstellt, gibt es aus dem Wohnbauressort offensichtlich Zuschüsse. Wir werden unter diesem Gesichtspunkt, dass die Sicherheit natürlich vorgeht, der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen.

GR Mogel:

Liebe Gäste, hoher Gemeinderat, Herr Bürgermeister, lieber Kollege Luttenberger, wir haben kurz Rücksprache gehalten, wie es auch bei uns z.B. im Eigenbetrieb Wohnen Graz aussehen würde, um auch die Zahlen ein wenig für uns selbst zu verifizieren,

hierbei haben wir als Antwort bekommen grundsätzlich, dass sich die Anlagenrestaurierung bei solchen Fällen sich so zwischen 20.000 bis 50.000 € bewegt. 80.000 € dürfte eine Ausnahme sein. Aber grundsätzlich ist es schon mit Kosten verbunden. Die Kosten grundsätzlich sind sowohl für den Gutachter als auch für die Reparatur oder das Nachrüsten grundsätzlich nicht den Mietern zu überbinden. Das dürfte eigentlich aus der Überlegung heraus nicht passieren, sondern maximal nur der laufende Betrieb. Trotzdem halten wir es, das sei mir so jetzt auch gestattet, es nicht immer für notwendig, jeder unverbindlichen EU-Richtlinie immer 1:1 Folge leisten zu müssen und uns in jedem Bereich des Lebens überregulieren zu lassen. Wobei, wie gesagt jetzt, um bei dem Kollegen Topf zu bleiben, in dem Fall gilt natürlich schon der Sicherheitsaspekt, der muss natürlich gewahrt bleiben. Aus dem Grund werden wir auch dem zweiten Teil zustimmen, weil um hier auch die Sicherheit zu unterstützen, dass man sagt, vielleicht für den einen oder anderen Lift dann doch umzubauen, werden wir auch da mitgehen, wobei ich mir eine Bemerkung schon erlauben darf: Ich bin fast ein wenig erstaunt, dass der von einem Kommunisten kommt, ein Antrag, wo man eigentlich nur Besitzende fördert. Aber wir werden zustimmen.

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin vielleicht keine Hofrätin, aber auf jeden Fall bin ich eine Hausmeisterstochter, die im Sommer immer den Hausmeisterjob von ihrem Papa übernimmt. Diesbezüglich kenne ich mich relativ gut aus mit Liften.

Aus den Reihen des Gemeinderates ertönt lautes: Ohhhhh!

Robosch:

Das braucht kein Oh, das ist eigentlich ziemlich cool, jeden Sommer, das braucht kein Oh, es braucht kein Mitleid, es ist eigentlich ziemlich cool, nicht nur, dass ich Leute aus steckenden Liften herausholen kann oder rein technische grundlegende Dinge über

Lifte verstehe, sondern auch, dass ich mir über die Dimension dieses Antrags ein bisschen bewusst bin. Bei uns gibt es auch zwei Liftanlagen, die schon etwas in die Jahre gekommen sind, vielleicht sind sie keine 40 Jahre alt, aber wir durften, weil hier auch eine Bezirksrätin sitzt, wir durften Silvester 2018 in diesem Lift steckenbleiben, also bin ich mir über die Sicherheitsrisiken und anderen Risiken sehr wohl bewusst. Deswegen kann ich diesen Antrag nur begrüßen, wenn auch gleich ich keine Juristin bin und sehr wohl sagen muss, dass meiner Information nach die besagte EU-Richtlinie dadurch, dass sie ins Gesetz gegossen wurde, sehr wohl nicht unverbindlich ist, sondern eigentlich zwingend auslegbar ist. Unabhängig davon sehen wir das auch so, dass die Neunachrüstungen oder Nachrüstungen sehr kostenintensiv sind und können nun uns deswegen auch dem Vorschlag der Förderung anschließen. Es ist für uns nicht ganz klar, dass man in einem dringlichen Antrag so Gesetzestexte oder Paragraphen hineinschreibt, ohne dass man sich vorher eingehend damit beschäftigt. Unabhängig davon stimmen wir der Dringlichkeit und dem Inhalt zu, weil eben der Punkt ist, dass das Thema ein sehr wichtiges ist und die rechtlichen Fragen werden dann sicher im Land geklärt werden.

Nagl:

Es gibt gar nicht immer Widersprüche. Ich habe als Bürgermeister sogar die Aufzugswartprüfung abgelegt. Ist mir einmal zugutegekommen, als ich in unserem wunderbaren Rathauslift am Wochenende zwischen den Stockwerken einmal steckengeblieben bin, an einem kalten Sonntag, und mich selbst befreit habe vor vielen Jahren. Also wir kennen uns alle mit Liften gut aus und mit Aufzügen. Gibt es noch eine Wortmeldung?

Luttenberger:

Ich kann mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, eigentlich beim gesamten Gemeinderat, nur bedanken. Ich muss wirklich persönlich sagen, ich bin völlig

überrascht, dass das so sachlich abgegangen ist, weil ich muss ironisch sagen, jetzt bringe ich hier schon seit Jahren Dringliche ein und das ist das erste Mal, dass es hier ohne großen Widerspruch sozusagen zu einer Einigung kommt und das lässt ja doch hoffen. Zum Kollegen Mogel gesagt, wir Kommunisten sind ja wirklich für Überraschungen auch gut. Dankeschön.

Zwischenruf GR Piffli-Percevic: Immer wenn du gute Vorschläge machst!

Die Dringlichkeit und der Inhalt des Antrages wurden einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – Stadtrat Hohensinner übernimmt den Vorsitz (17 Uhr).

9.6 Resolution Klimanotstand (GRⁱⁿ Ussner, Grüne)

Ussner:

Schade, dieser Antrag ist an Sie gerichtet, Herr Bürgermeister.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Tribüne.

Der Klimawandel ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Wenn wir unseren Kindern ein Überleben sichern und unsere Zivilisation in der Form, wie wir sie haben, erhalten wollen, müssen wir in den nächsten 12 Jahren die globalen Emissionen halbieren, das ist Fakt. Morgen findet der erste weltweite Klimastreik statt, auch in Graz gibt es Demonstrationen und Streiks. Auszugehen ist davon, dass es die größten globalen Streiks und Proteste aller Zeiten sind, geführt und geleitet von jungen Menschen und initiiert von Schülern und Schülerinnen, die um nichts Geringere

eigentlich kämpfen als um ihre Zukunft. Die ersten Friday-for-future-Demonstrationen haben am 15.12. in Graz stattgefunden. Die Teilnahme war eigentlich überwältigend für eine Demo, die zum ersten Mal stattfindet und sie ist an uns gerichtet. Die Proteste sind an uns gerichtet und dass wir ins Handeln kommen, und zwar an uns alle. Eigentlich gehört Klimaschutz genauso zu den Pflichtaufgaben einer Stadt wie die Wasserversorgung, die Müllabfuhr oder das Bauen von Schulen und da geht es nicht nur um Anpassungsstrategien, sondern auch um die Bekämpfung von Ursachen. Das ist nämlich auch Klimaschutz und ein wichtiger Punkt. In Österreich sind wir da aber wirklich nicht gut unterwegs. Da steigen die Emissionen seit 2014 wieder. 29 % davon kommen aus dem Verkehrsbereich. Da ist es einfach dringendst an der Zeit, Verantwortung zu übernehmen, politischen Mut zu zeigen und auch wirklich ins Handeln zu kommen. Ich würde das nicht sagen, wenn wir nicht so viel ausgearbeitete Papers und Strategien hätten, die einfach in den Schubladen dieser Stadt verrotten. Die gehören umgesetzt. Aber warum jetzt genau Städte, warum genau kommunale Strukturen? Internationale Abkommen wie das Pariser Klimaabkommen oder staatliche Regierungen wie unsere Bundesregierung, die ja allen Ernstes über Tempo 140 diskutiert, scheitern einfach beim Klimaschutz. Deswegen gibt es seit knappen zwei Jahren eine Bewegung von Städten, die sagen, ok, da müssen einfach städtische und kommunale Strukturen die Führung im Klimaschutz in die Hand nehmen und da gibt es ja auch viele Möglichkeiten in der Umsetzung. In nicht einmal zwei Jahren hat sich da ein globales Netzwerk von 390 Städten gegründet, die den politischen Willen zeigen, um den Klimawandel als das anzuerkennen, was er ist: die größte und komplexeste Krise unserer Zeit. Hier könnte Graz z.B. eine österreichweite Vorreiterrolle einnehmen. Wir wissen seit Jahrzehnten eigentlich, welche Maßnahmen umzusetzen sind, auch wenn sie vielleicht politisch unbeliebt sind und an Wählerstimmen kosten, muss Graz trotzdem den nötigen Willen zeigen, im eigenen Rahmen, was gegen den Klimawandel zu machen. Das schulden wir unseren nächsten Generationen als die gewählten Vertreter und Verantwortlichen in der Sache. Deswegen stelle ich jetzt folgenden

dringlichen Antrag

1. Die Stadt Graz beschließt die Resolution Klimanotstand und bekennt sich damit gemeinsam mit 390 anderen Städten weltweit zur kommunalen Verantwortung im Kampf gegen den Klimawandel.
2. Die Stadtbaudirektion und die ihr zugeordneten relevanten Abteilungen, insbesondere die Abteilung für Grünraum, für Verkehrsplanung und für Stadtplanung sowie das Umweltamt entwickeln ein Controlling-Modell, mit dem die im Bereich Klimaschutz relevanten und beschlossenen Maßnahmenpakete und Strategien im Sinne des Motiven-Berichtes auf den Stand ihrer Umsetzung überprüft werden können. Ein solches Klimaschutz-Controlling-Modell ist dem Gemeinderat bis Juli 2019 zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. In Vorbereitung auf die Erstellung der städtischen Budgets 2020 und 2021 definieren alle Mitglieder des Stadtsenates unter dem Titel Klimaschutzmaßnahmen jene budgetären Mittel, die für die Umsetzung von Maßnahmen in den beiden kommenden Jahren benötigt werden.

Ich bitte um Annahme.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Der Klimawandel ist die größte Herausforderung unsere Zeit. Wenn wir unseren Kindern ein Überleben sichern und unsere Zivilisation erhalten wollen, müssen wir innerhalb der nächsten 12 Jahre die CO₂-Emissionen global halbieren. Am 15. März 2019, also einen Tag nach der Gemeinderatssitzung, findet der erste weltweite Klimastreik statt und es ist davon auszugehen, dass dies einer der größten weltweiten Proteste der Geschichte sein wird - geleitet von jungen Menschen und initiiert von SchülerInnen die um ihre Zukunft kämpfen. Auch in Graz haben sich SchülerInnen zusammengetan, um Friday-for-future-Demonstrationen zu organisieren, zum ersten

Mal am 15. Februar. Die Teilnahme und das Engagement war beeindruckend und neben vielen anderen haben auch mehrere Mitglieder der Stadtregierung den OrganisatorInnen ihre aktive Unterstützung zugesichert.

Allein Worte genügen nicht mehr, gefordert und von den SchülerInnen erwartet werden konkrete Maßnahmen gegen den Klimawandel. Zu den Pflichtaufgaben von Gemeinden und Städten zählen die Errichtung von Schulen, ein funktionierendes System der Abwässer- und Abfallentsorgung, die Sicherung von Kinderbetreuungsplätzen und noch einiges mehr. Es ist jetzt aber höchste Zeit, dass wir als eine unserer städtischen Pflichtaufgaben auch den Kampf gegen den Klimawandel anerkennen. Nur so können wir dafür sorgen, dass unsere Stadt auch noch in den nächsten Jahrzehnten lebenswert bleibt.

Genau von diesem Grundgedanken, dass Städte und Gemeinden Verantwortung in Sachen Klimawandel übernehmen sollen und müssen, gehen auch die InitiatorInnen der Resolution Klimanotstand aus. Internationale Abkommen und staatliche Regierungen versagen beim Kampf gegen den Klimawandel, deshalb können und müssen kommunale Strukturen die Führung hin zur nötigen Systemwende in die Hand nehmen. Mittlerweile, nicht mal zwei Jahre seit dem Start der Initiative, gibt es ein Netzwerk von 390 Städten weltweit, die diese Resolution beschlossen haben, um auch den politischen Willen zu zeigen, den Klimawandel als das anzuerkennen was er ist: die größte und komplexeste Krise unserer Zeit.

<http://www.caceonline.org/>

Es geht also darum, ganzheitlich Verantwortung zu übernehmen, Anpassungsstrategien auszuarbeiten, aber auch die Ursachen unserer Emissionen zu bekämpfen. Seit 2014 steigen die österreichweiten Emissionen wieder an, 29 % davon kommen aus dem Verkehrsbereich.

<https://kurier.at/politik/inland/land-der-klimasuender-oesterreichs-verheerende-treibhausgasbilanz/400392224>). Und es ist eigentlich klar, was zu tun ist. Die Stadt Graz hat mehrere Konzepte und Strategien mit einer Fülle von Maßnahmen erarbeitet und beschlossen, die dazu beitragen, wirksam Emissionen zu reduzieren und die

Auswirkungen des Klimawandels zu verringern. Vorab sei hier natürlich die Klimawandelanpassungsstrategie mit dem Aktionsplan genannt, die federführend vom Umweltamt gemeinsam mit anderen Abteilungen erarbeitet wurden und deren Umsetzung nun von der Stadtbaudirektion als koordinierende Stelle vorangetrieben werden soll. Des Weiteren zu nennen ist die Mobilitätsstrategie mit den Verkehrspolitischen Leitlinien und dem Mobilitätskonzept 2020 und der Maßnahmenkatalog zur Feinstaub- und Stickstoffreduzierungen. Alle diese Konzepte und Strategien wurden einstimmig oder mit großer Mehrheit im Gemeinderat beschlossen.

Die politisch Verantwortlichen wissen also, was zu tun wäre und natürlich ist auch einiges passiert, vom Fernwärmeausbau bis hin zu Förderungen von urbaner Begrünung, umweltfreundlichen Fahrzeugflotten, Lastenfahrrädern etc. Doch wenn es um Maßnahmen insbesondere im Verkehrsbereich geht, dann fehlt seit einigen Jahren der Mut zur nötigen Veränderung und die Gemeinderatsbeschlüsse bleiben leere Worthülsen. Anstatt konsequent umzusetzen, werden dann die Daten und Fakten in Zweifel gezogen, die Entwicklung verharmlost oder der Auftrag zur Erarbeitung von wiederum neuen Maßnahmen erteilt.

Wir müssen endlich aus dieser Spirale der Verdrängung, der Mutlosigkeit und der Sonntagsreden rauskommen. Die Maßnahmen sind jetzt zu setzen und nicht irgendwann. Das sind wir den SchülerInnen und Jugendlichen schuldig, die morgen weltweit konsequentes Handeln gegen den Klimawandel einfordern werden.

Im Sinne des obigen Motiven-Berichtes stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG folgenden

dringlichen Antrag

- 1. Die Stadt Graz beschließt die Resolution Klimanotstand <http://www.caceonline.org/> und bekennt sich damit gemeinsam mit 390 anderen Städten weltweit zur kommunalen Verantwortung im Kampf gegen den Klimawandel.*

2. *Die Stadtbaudirektion und die ihr zugeordneten relevanten Abteilungen, insbesondere die Abteilung für Grünraum, für Verkehrsplanung und für Stadtplanung sowie das Umweltamt entwickeln ein Controlling-Modell, mit dem die im Bereich Klimaschutz relevanten und beschlossenen Maßnahmenpakete und Strategien im Sinne des Motiven-Berichtes auf den Stand ihrer Umsetzung überprüft werden können. Ein solches Klimaschutz-Controlling-Modell ist dem Gemeinderat bis Juli 2019 zur Beschlussfassung vorzulegen.*
3. *In Vorbereitung auf die Erstellung der städtischen Budgets 2020 und 2021 definieren alle Mitglieder des Stadtsenates unter dem Titel Klimaschutzmaßnahmen jene budgetären Mittel, die für die Umsetzung von Maßnahmen in den beiden kommenden Jahren benötigt werden.*

GR Hopper:

Liebe Tamara, geschätzter Herr Vorsitzender, geschätzte Frau Stadträtin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Ich gib dir voll und ganz Recht, ich glaube, das ist ein dringliches Anliegen und ich glaube, wir haben letzten Monat, so glaube ich, auch darüber gesprochen und wir sind auch der Meinung, dass es wirklich ein dringliches Anliegen ist, auch, aber nicht zuletzt, wie du schon gesagt hast, wegen den Klimademonstrationen, die morgen auch stattfinden werden, wo sich weltweit Gruppen ganz klar für ein Thema einsetzen, was wir jetzt grundsätzlich nicht ganz so gewohnt sind. Besonders spannend finde ich vor allem die Tatsache, dass heute noch einmal eine längere Strecke durch die Stadt Donnerstagsdemos veranstaltet werden, wo genau eigentlich gegensätzlich zu dem, für was wir uns morgen einsetzen, recht viel, du hast den Verkehrsbereich angesprochen, da passiert, was wahrscheinlich, ich sage jetzt einmal die Greta, die übrigens für den Nobelpreis nominiert wurde, was ich recht cool finde, nicht ganz so vorgesehen hätte, aber morgen wird, wie gesagt, für etwas gekämpft und es wird sich für etwas eingesetzt. Was ich besonders spannend finde, zu meinem Abänderungsantrag würde ich gerne nachher noch etwas sagen, ich

würde jetzt gerne über die Dringlichkeit sprechen, ist vor allem die Tatsache, dass es morgen eine fraktionsunabhängige Gruppe ist, die auch, wie du schon angesprochen hast, beim ersten Mal eine riesige Summe an Personen auch hier am Hauptplatz versammeln konnte. Sie machen auch morgen ein Lichtermeer. Wieso am Abend? Weil sie der Meinung sind, dass auch Schülerinnen und Schüler dabei sein sollen können, die z.B. beim Antenne Schul-Schi-Tag dabei sind, haben sich deswegen dagegen entschieden unter dem Tag etwas zu machen, sondern es deswegen auf den Abend verlegt. Die Marlene, Ja Marlene, ich weiß nicht ob du sie kennst, hat sich auch hier im Rathaus mit dem Günter Riegler, Kurt Hohensinner und mit mir getroffen, und das kann ich wirklich einem jeden nur ans Herz legen. Du sagst, es braucht mehr konsequentes Handeln, es braucht konkrete Ideen und ich glaube, da ist es ganz besonders wichtig, ins Gespräch zu kommen mit Vertreterinnen und Vertretern von unabhängigen Initiativen und nicht nur mit seiner persönlichen eigenen Expertise, die man immer wieder auch zu Tage bringt. Zum Stichwort Gespräch, was mir da auch noch ganz wichtig ist und was ich ganz klar sagen möchte: Du erwähnst auch in deinem Motivenbericht die politischen Verantwortlichen. Es gibt eine Umweltstadträtin, du kennst sie, Judith Schwentner, die unter den politischen Verantwortlichen, die du in deinem Antrag erwähnst, schon ganz klar mitzubetruen ist. Dennoch findet sich die zuständige Stadtsenatsreferentin in deinem Artikel nicht. Wir können da sicher gerne vermitteln...

*Zwischenruf GR **Ussner**: Das Umweltamt steht drinnen.*

Hopper: Stimmt, das Umweltamt steht drinnen, du sprichst aber vielleicht auch aus einem Sinn heraus, den man vielleicht nicht ganz verstehen kann, nicht deine Stadträtin an, wie ich das konkret machen würde, wenn es um ein Thema geht, wo es aus meiner Fraktion einen Stadtrat gibt, sondern machst es auf diese Art und Weise,

was auch sehr spannend ist. Auf alle Fälle ist es ein dringliches Thema und ich darf mich nachher noch mit unserem Abänderungsantrag melden.

Hohensinner:

Danke, Frau Gemeinderätin. Wer möchte außerdem noch zur Dringlichkeit sprechen? Das ist niemand, wünscht die Antragstellerin, bevor ich die Dringlichkeit abstimme, noch ein Schlusswort zur Dringlichkeit? Wahrscheinlich nicht, weil es wird die Dringlichkeit zustande kommen.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Hohensinner:

Damit kommen wir zur Diskussion zum Inhalt. Wer wünscht das Wort?

Hopper:

Wie gesagt, ganz kurz darf ich noch zum Inhalt und auch zu den Forderungspunkten sprechen. Wie eingangs vorher kurz erwähnt, ich glaube, der Grundansatz von deinem Antrag ist ein sehr wichtiger und den können wir auch unterstützen. Das, was gemacht gehört, ist ganz klar auch bei uns in der Stadt Graz verankert. Beispielsweise die Abkommen, die du erwähnst, die Dinge, die wir in der Stadt Graz bereits beschlossen haben, die Maßnahmenpakete, die es bereits gibt, auch da sind wir der Meinung, dass die umgesetzt gehören und da hast du vollkommen Recht. Nicht der Meinung sind wir aber, dass das auf einmal die Aufgabe von allen Stadtsenatsmitgliedern ist, Planungen hier durchzuführen, budgetäre Mittel zur Verfügung zu stellen, obwohl es eigentlich für diese Punkte, die du auch ganz klar in deinem Antrag ansprichst, eine Stadtsenatsreferentin gibt, die mit diesem Thema, so glaube ich, betraut ist. Sei das

jetzt das Controlling oder sonst welche Bereiche. Auch übereinstimmen können wir mit dir, dass es teilweise sehr schwierig ist, internationale Abkommen oder auch Regierungserklärungen aus der Vergangenheit umzusetzen, dass diese oft verlaufen und dass es da auch konkrete Veränderungen oft vermissen lässt und gleichzeitig sehen wir eigentlich keinen Sinn darin, trotzdem noch einmal herzugehen und eine Resolution zu verabschieden, die keine konkreten Handlungen, keine konkreten Maßnahmenpakete oder sonst irgendetwas beinhaltet. Dieses Programm und auch die Klimaresolution macht wahrscheinlich sehr viel Sinn, aber nur in der Zusammenarbeit, und das ist auch auf der Webseite ganz klar aufgeführt, wie es alle anderen Kommunen machen, mit konkreten Maßnahmenpaketen, die es bei uns bereits gibt, die bereits existieren. Aus diesem Grunde möchten wir einen Abänderungsantrag einbringen, wo wir auch auf diesen zweiten Schritt in dem von dir gut verlinkten Climate emergency Mode auch direkt eingehen, wo nämlich die Prüfung der bisherigen Maßnahmenpakete drinnen steht und möchte hier auch unsere Umweltstadträtin damit beauftragen zu prüfen, inwieweit die zahlreichen von der Stadt bislang unternommenen Anstrengungen hier teilweise bereits erfüllen oder weitere Vorschläge erarbeiten und du sprichst sehr viel von konsequentem Handeln und ich glaube, das macht nur Sinn, wenn man hier auch hergeht und sagt, ok, im Ausschuss ist auch darüber zu berichten und diese konkreten Maßnahmen wird sich dann der Ausschuss konkret anschauen und hoffentlich zu coolen Sachen führen, die wir im Umweltbereich ganz klar brauchen.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Namens der Klubs von ÖVP und FPÖ stelle ich den

Abänderungsantrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Frau Umweltstadträtin Mag. Judith Schwentner wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die zahlreichen von der Stadt bislang unternommenen Anstrengungen sowie die diesbezüglich gefassten Gemeinderatsbeschlüsse die genannte Resolution bereits erfüllen bzw. weitere Vorschläge zu erarbeiten.

Das Ergebnis ist im zuständigen Ausschuss für Umwelt und Gesundheit zur weiteren Befassung zu berichten.

StRⁱⁿ Schwentner:

Dankeschön, ich greife den Ball gerne auf, auch den Bumerang fange ich gerne ein, weil das der Kollege Sippel gerade gesagt hat, das ist ein Bumerangantrag. Ich fasse das nicht so auf, übernehme gerne die Verantwortung, weil ich halte das für einen sinnvollen Antrag, sich einmal anzuschauen, inwieweit alle diese Strategien, die hier noch vor meiner Zeit einstimmig beschlossen wurden, auch wirklich auf Schiene sind. Inwieweit die Dinge umgesetzt worden sind, manche nicht, dass wir uns das anschauen, da übernehme ich gerne den Lead, aber Sie müssen sich schon die Frage gefallen lassen, ich war im November noch nicht im Gemeinderat, aber ich erinnere an die im Antrag erwähnte Klimawandelanpassungsstrategie, die genau vom Umweltamt, und das Ansinnen des Umweltamtes war, hier das Controlling zu übernehmen, dem Umweltamt weggenommen wurde und zur Stadtbaudirektion gebracht wurde. Jetzt bekomme ich es wieder zurück, ich nehme es gerne wieder an, nur sollten Sie sich langsam im Klaren sein, was Sie wollen. Ist der Lead dort oder da, und den Ball ständig hin- und herzuspielen, das macht wenig Sinn, weil das ein zu ernstes Anliegen ist, dass wir gemeinsam schauen, inwieweit wir Klimaziele erfüllen, inwieweit die Stadt Graz ihre Anträge wirklich ernst nimmt und die auch angeht. Das ist eine Sache, die dann doch alle Ressorts betrifft, weil das Umweltamt allein kann das nicht prüfen, weil da geht es um das Verkehrsressort, da geht es um viele Ressorts von den anderen Kolleginnen und Kollegen. Dann brauche ich auch die Kooperation, dass wir uns das gemeinsam anschauen um diese Kooperation bitte ich die Senatsmitglieder, die jetzt

nicht da sitzen, aber ich übernehme gerne den Lead und den Prüfauftrag und insofern den Ball wieder auf. Aber bitte, werden Sie sich im Klaren, wo das jetzt künftig sein soll. Danke.

GRⁱⁿ Mag. **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, wie jetzt schon erwähnt, Klimawandelanpassungsmaßnahmen sind enorm wichtig, vor allem im städtischen Bereich, vor allem für die Lebensqualität in der Stadt. 2016 eben erst haben alle Parteien geschlossen für die Klimawandelanpassungsstrategie für Graz gestimmt. Das war ämterübergreifend, neun Ämter bzw. Abteilungen waren involviert, haben kooperiert, vom Sozialamt über die Stadtbaudirektion, über die Verkehrsplanung oder eben dem Umweltamt. Gerade erst in der letzten Gemeinderatssitzung haben wir gemeinsam den Aktionsplan 2022 zur Klimawandelanpassung beschlossen und sogar weiterführend eine absolut sinnvolle Erstellung einer Datengrundlage beschlossen, nämlich die digitale Stadtklimaanalyse. Im Bereich Klimaschutz, der Punkt, wie im Antrag erwähnt, die Reduktion der Emissionen. Auch hier ist die Stadt Graz aktiv. Verkehrsminister Norbert Hofer hat für Graz Millionen von Euro vorgesehen für den Ausbau der Öffis, für den Ausbau der Straßenbahnlinien, für den Ankauf von Wasserstoffbussen und oder Elektrobussen. Das heißt, die Plattform bzw. die Resolution Klimanotstand ist sicher enorm wichtig, hat aber eben den Sinn, Kommunen bzw. Städte aktiv werden zu lassen, und Graz ist eben aktiv. Ich finde es auch absolut wichtig und begrüßenswert, wenn junge Menschen für eine Sache brennen und laut ihre Sorgen kundtun und deshalb finde ich eben unseren gemeinsamen Abänderungsantrag für sehr wichtig, dass die Umweltstadträtin einmal schaut, wo stehen wir, was wird bereits erfüllt und auch neue mögliche Ideen und Vorschläge einbringt.

GRⁱⁿ **Marak-Fischer:**

Geschätzter Herr Vorsitzender, liebe Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen. Liebe Tamara, danke für diesen Antrag. Das ist ein ganz guter und wichtiger Antrag. Es ist auch toll, dass die jungen Leute derzeit für ihre Zukunft auf die Straße gehen, wie wohl bei näherer Betrachtung es eigentlich mehr als beschämend ist, dass Kinder und Jugendliche derzeit das Thema in die Hand nehmen müssen, für das eigentlich ganz selbstverständlich die Erwachsenen, wir alle miteinander, die Verantwortungsträger und -trägerinnen ganz besonders verantwortlich wären. Ich finde es beschämend, dass Kinder ab 10 derzeit schon auf die Straße gehen müssen, ich finde es aber gut, dass sie es tun, weil es offenbar anders nicht geht. Aber es ist beschämend und ich glaube, wir sollten da nicht so lustig, lustig, cool und hoffentlich kommen ein paar coole Maßnahmen heraus, Anna, es tut mir leid, aber das halte ich wirklich für den nicht angebrachten Ton in einem Thema, wo es tatsächlich um die Gesundheit und um die Zukunft unserer Kinder geht. Ich war selbst auch mit meiner Tochter dort und es ist nicht cool, es ist, wie gesagt, beschämend, dass es überhaupt notwendig ist. Aus meiner Sicht ist es weiters beschämend, was ihr heute mit eurem Abänderungsantrag, der vermutlich auch wieder die nötige Mehrheit finden wird, bezweckt. Indem ihr das Thema, für das tatsächlich alle hier herinnen und vor allem auf der Regierungsbank und vor allem der Herr Bürgermeister in seiner Koordinierungsfunktion und dadurch, dass er auch die repräsentative Gestalt der Stadt Graz nach außen hin ist und eine Koordinierungskompetenz über alle Bereiche hat und sich auch nicht selten in einzelne Bereiche, ich sage nur Frauenbereich z.B., sehr aktiv auch einmischt, sich hier nicht nur das Thema nicht einmal anhört, sondern ihr das Thema wieder wegnehmt von allen anderen Regierungsmitgliedern, vom Bürgermeister und es dorthin gebt an eine Stelle, das weiß ich, weil ich das Umweltamt schon ein paar Jahre kenne und auch die zuständige Umweltstadträtinnen, und Judith Schwentner hat es ja auch heute wieder gesagt, die sich ohnehin um dieses Thema mit aller Kraft kümmern, die aber nur den Zuständigkeitsbereich und das Budget für das eigene Ressort haben und alle anderen Ressorts zwar in regelmäßigen Abständen über Strategien, über Maßnahmenberichte, über jährliche Evaluierungen usw. auffordern,

diverse Maßnahmen im Bereich des Grünraums, im Bereich des Verkehrs, im Bereich der Wirtschaft und, und, und auffordern können. Allerdings, wie wir alle sehen, den Worten folgen sehr oft keine Taten. Ich würde mir wirklich wünschen, dass der Herr Bürgermeister hier an dieser Stelle sitzt und sich auch zu diesem Thema noch stärker äußert. Vielen Dank.

Ussner:

Ich möchte kurz auf ein paar Sachen eingehen. Wie ich bereits versucht habe zu erklären, was bei der FPÖ noch immer nicht angekommen ist, ist, dass Anpassung und Ursachenbekämpfung nicht das Gleiche sind und ihr könnt da so tun, als würden irgendwelche Fotoaktionen mit Organisatoren und Organisatorinnen irgendetwas bringen an eurem Image, Fakt ist, ihr blockiert, seit ich hier im Gemeinderat bin, seit zwei Jahren, jede progressive Initiative im Verkehrsbereich, die einfach einen der Hauptemittenten bei uns darstellt. Da kann man wirklich nicht von Glaubwürdigkeit reden bei euch. *(Appl.)*

Abgesehen davon, dass ihr mit einer Partei koalitiert, die einfach nachgewiesenerweise einfach Lobby für die Reichen der Reichsten in Europa ist und deswegen bewusst den Klimawandel verleugnet.

Der Klimawandel ist ein gesamtstädtische Herausforderung...

Unruhe im Gemeinderat.

Ussner:

Soll ich um Ruhe bitten oder macht das der Vorsitzende?

Hohensinner:

Die Wortwahl, die Sie da in den Mund nehmen finde ich auch nicht in Ordnung, weil nachgewiesenermaßen, bitte, entweder legen Sie hier etwas auf den Tisch oder sparen Sie sich solche Worte.

Ussner:

Kann ich Ihnen gerne schicken.

Hohensinner:

Das ist eine Unterstellung, die Sie da machen!

Ussner:

Kann ich gerne machen, an beide Klubs.

Gut, der Klimawandel ist eine gesamtstädtische Herausforderung und kein Nebenthema.

Zwischenruf unverständlich.

Ussner:

Haben wir noch eine Konsequenz oder?

Hohensinner:

Bitte führen Sie weiter aus, die Zeit läuft, Frau Gemeinderätin.

Ussner:

Ich nehme mir die Zeit zu überziehen, wenn wir keine Ruhe in dem Saal zusammenbringen.

*Zwischenruf GR **Frölich**: Das ist ja unfassbar, unerhört!*

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Schleicher**: Ein Benimmseminar würde helfen!*

Unruhe in den Reihen des Gemeinderates.

Ussner:

Bei allen anderen würde man schon fünfmal um Ruhe bitten.

Hohensinner:

Es gibt eine Geschäftsordnung und an diese Geschäftsordnung werden wir uns in diesem Saal auch halten.

Ussner:

Gut, der Klimawandel ist eine gesamtstädtische Herausforderung und kein Nebenthema, das man auf eine Stadträtin abwälzen kann und das wisst ihr ganz genauso. Ihr macht einfach aus einem so wichtigen Thema wieder ein parteipolitisches Machtspielchen und das ist eigentlich der Dringlichkeit dieses Themas unwürdig. Weil du die Donnerstagsdemos angesprochen hast, Anna. Vor ein oder zwei Demos war auch das Thema der Donnerstagsdemo der Klimaschutz. Eben aufgrund der

Unfähigkeit eurer Bundesregierung, die wirklich allen Ernstes über ein Thema 140 auf der Autobahn diskutiert. Während Österreich den EU-Ratsvorsitz gehabt hat...

*Zwischenruf StR. **Hohensinner**: Also unfähig ist wieder eine Wortwahl, die nicht nachvollziehbar ist.*

Unverständliche Zwischenrufe.

Ussner:

Fangen wir jetzt wirklich an, einzelne Worte, weil dann müsste man das bei der ÖVP genauso machen. Vor allem beim Kollegen Frölich.

*Zwischenruf GR **Piffl-Percevic**: Wir reden mit euch so nicht!*

Unverständliche Zwischenrufe.

Ussner:

Mir geht es eigentlich um das Gemeinsame, auch wenn das jetzt nach dem ganzen Chaos...

*Zwischenruf GR **Haberler**: So ruhig war es nur, als ihr den dringlichen Antrag gestellt habt.*

Ussner:

Ja genau, vor allem beim Plabutsch war es so ruhig. Mir geht es um das Gemeinsame und ihr wisst ganz genau, dass eine Stadträtin diese Verantwortung über dieses Thema nicht übernehmen kann und das ist ein wichtiges Zeichen...

*Zwischenruf GR **Haberler** unverständlich.*

Ussner:

Das ist nicht allein das Umweltthema. Es ist genauso das Verkehrsthema, Kollege Haberler, und das weißt du. Es ist genauso ein Stadtplanungsthema, es ist ein übergreifendes Thema und da wäre es eigentlich die Aufgabe einer Stadtregierung, ohne sich zu zerfleischen, gemeinsam daran zu arbeiten. Ich verstehe nicht, was da das Problem ist, so etwas zu beschließen, dass man das ämterübergreifend machen kann...

Hohensinner:

Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen. Sie haben schon eine Minute überzogen.

Ussner:

...dass da wieder parteipolitische Machtspielchen rauskommen und, Anna, von dir bin ich wirklich enttäuscht, das muss ich echt sagen.

(Ohhh-Rufe aus den Reihen des Gemeinderates)

Ussner:

Ja, das habe ich mir schon erwartet. Weil du als junge Person, um deren Zukunft es genauso geht, dass du dich für solche machtpolitischen Parteispielchen instrumentalisieren lässt, das ist echt traurig, wirklich (*Appl. Grün*).

Hohensinner:

Sie haben bereits schon eineinhalb Minuten überzogen, ich bitte um einen Schlusssatz.

Ussner:

Gut, dann kann ich mich nur bedanken dafür und wir werden schauen, inwiefern unsere Maßnahmenpakete wirklich umgesetzt werden.

Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (17.30 Uhr).

9.7 Keine Hochzeitsgebühren ohne Rechtsgrundlage (GR Swatek, NEOS)

Swatek:

Der letzte dringliche Antrag handelt von dem Tag, der für die meisten Paare in unserer Stadt hoffentlich der glücklichste Tag ihres Lebens ist. Es geht nämlich um die Hochzeit. Ganz konkret um Eheschließungen abseits des Standesamtes. Es ist nämlich so, wenn man einen Standesbeamten haben möchte für eine Hochzeit abseits des Standesamtes, dann muss man als Bürgerin und Bürger, als Brautpaar auch Gebühren

zahlen und diese Gebühren sind ganz klar vom Gesetzgeber definiert. Das sind € 54,40 Verfahrenskosten sowie € 380,-- Kommissionsgebühr, Gebühren, die auch die Stadt Graz von jedem Paar verlangt, das gerne einen Standesbeamten hätte. Doch über diese gesetzlich vorgesehenen Gebühren geht die Stadt Graz auch her und zwingt Paare dazu, eine Eventagentur zu buchen und diese Eventagentur verlangt noch einmal von Bürgerinnen und Bürgern zusätzlich bis zu € 450 Gebühren. Das ist in Österreich einzigartig und das gibt es selbst in Salzburg in der Form nicht und wenn wir uns Salzburg anschauen, die kämpfen ja bei ihren Hochzeiten aufgrund ihrer wunderschönen Locations ja sogar mit Hochzeitstourismus und die bekommen das auch ohne Agentur hin. Warum ist das jetzt eigentlich problematisch, dass dieser Agenturzwang herrscht und dass diese Agentur vor allem von Bürgerinnen und Bürgern für die Entsendung des Standesbeamten noch einmal zusätzlich Gebühren verlangt? Das ist insofern problematisch, als dass es dafür keine Rechtsgrundlage gibt. In Österreich gilt aufgrund unserer Bundesverfassung das Legalitätsprinzip. Das heißt, die gesamte staatliche Verwaltung darf nur aufgrund der Gesetze ausgeübt werden. Kein Handeln und keine zusätzlichen Gebühren ohne Rechtsgrundlage. Der Zwang zur Agentur, der von der Stadt Graz jetzt hier auf Brautpaare ausgeübt wird, der geschieht ohne Rechtsgrundlage und das ist ein Umstand, den auch die Volksanwaltschaft, das Kontrollorgan der Verwaltung, kritisiert. Ich bin der Meinung, dass wir hier in der Stadt nicht abseits der Gesetze handeln sollten und dass wir hier in der Stadt diese zusätzlichen Gebühren und diesen Zwang zur Agentur sofort beenden sollten und deswegen stelle ich heute hier den

dringlichen Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden, das sofortige Ende eines Agenturzwanges bei Eheschließungen abseits des Standesamtes, noch vor dem Auslaufen des Vertrages mit der Eventagentur, zu prüfen. Dadurch sollen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt keine Zusatzgebühren mehr ohne Rechtsgrundlage aufgebürdet werden. Ich bitte um Annahme, danke.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Neben der klassischen Möglichkeit, sich im Standesamt das "Ja-Wort" zu geben, ist es in Österreich auch möglich, abseits des Standesamtes zu heiraten. Die Gebühren, die eine Gemeinde dabei für die Entsendung eines Standesbeamten zur Eheschließung verlangen kann, sind klar vom Gesetzgeber definiert. Sie betragen € 54,40 für Verfahrenskosten, sowie € 380,-- Kommissionsgebühr¹. Gebühren, die auch die Stadt Graz von Heiratswilligen verlangt.

Doch darüber hinaus zwingt die Stadt Graz Paare zum Vertragsabschluss mit einer Eventagentur. Dabei verlangt die Agentur zusätzlich bis zu € 450,-- Gebühren von Paaren. Ein Vorgehen, das in Österreich einzigartig ist und das man auch in Städten mit weitaus mehr Eheschließungen, wie Salzburg, nicht findet. Denn der Zwang zur Eventagentur, ohne die die Stadt Graz keine Standesbeamten entsendet, geschieht ohne Rechtsgrundlage.

Ein Umstand, den unter anderem auch die Volksanwaltschaft², als Kontrollorgan zur Verwaltung, kritisiert. Dabei hält sie fest, dass die Stadt dem Legalitätsprinzip verpflichtet ist. Das bedeutet: Die gesamte staatliche Verwaltung darf nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden. Kein Handeln ohne Rechtsgrundlage. Doch der Zwang zur Agentur, samt ihrer Zusatzgebühren, geschieht ohne diese.

Um die Grazer Stadtverwaltung wieder auf den Boden der Rechtsstaatlichkeit zu bringen und Bürgerinnen und Bürger vor ungerechtfertigten Zusatzgebühren zu bewahren, ist es daher dringend nötig, das derzeitige Vorgehen sofort zu beenden.

Gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

dringlichen Antrag,

¹ Gemeinde-Kommissionsgebührenverordnung 2017

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrStmk&Gesetzesnummer=20001390>

² <https://volksanwaltschaft.gv.at/artikel/Zusatzkosten-fuer-Hochzeiten-in-Graz>

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden, das sofortige Ende eines Agenturzwanges bei Eheschließungen abseits des Standesamtes, noch vor dem Auslaufen des Vertrages mit der Eventagentur, zu prüfen. Dadurch sollen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt keine Zusatzgebühren mehr ohne Rechtsgrundlage aufgebürdet werden.

GRⁱⁿ Schönbacher:

Sehr geehrte Kollegen, lieber Antragsteller. Zuerst möchte ich mich zur Dringlichkeit äußern und warum sie nicht gegeben ist. 2017 hat es 877 Trauungen gegeben und davon waren 69 Exklusivtrauungen, das heißt, außerhalb des Standesamtes und 2018 gab es 752 Trauungen, leider weniger, und davon waren 62 Exklusivtrauungen. Das heißt, wir sprechen hier von nicht einmal 10 % der Trauungen. Von all diesen gab es einen einzigen Beschwerdefall und dieses Brautpaar hat auch alle Instanzen gerichtlich ausgeschöpft und nicht Recht bekommen. Das heißt, die Stadt Graz hat diesen Prozess gewonnen. Das heißt, rechtswidriges Verhalten ...

Zwischenruf GR Swatek: Das stimmt nicht.

Schönbacher:

...das heißt, rechtswidriges Verhalten kann man hier nicht feststellen und ehrlich gesagt, diese Behauptung ist auch recht vermessen. Das oberste Ziel ist es natürlich, dass die Hochzeit der schönste Tag im Leben sein soll und deshalb muss es auch mit hoher Qualität gewährleistet sein und das ist momentan so und das soll auch in Zukunft so bleiben. Lieber Gemeinderat Swatek, ich weiß nicht, du hast zwei Anfragen bereits gestellt, du hast die Sachlage erklärt bekommen, du hast alle Fakten vom Amt erklärt bekommen und ich weiß nicht, vielleicht hast du es nicht ganz verstanden oder hast dich auch in irgendetwas hineinverbissen. Da bin ich mir jetzt nicht ganz sicher,

aber ich versuche jetzt noch einmal, das Ganze ein wenig aufzuklären und zwar zum Thema keine Rechtsgrundlage. Der Rechtsanspruch für Brautpaare in Graz ist, dass sie im Standesamt getraut werden können und das ist gegeben und wird auch ermöglicht von der Stadt Graz. Es gibt auch die Möglichkeit, außerhalb des Trauungssaales sich trauen zu lassen, man muss aber zuerst einmal sagen, der Trauungssaal ist für 450.000 € renoviert worden und es ist wirklich ein sehr schöner Trauungssaal geworden und ich finde das sehr schön, dass man sich hier trauen lassen kann, aber es gibt auch die freiwillige Leistung, dass man sich außerhalb des Standesamtes trauen lassen kann. Es gibt die Möglichkeit, aber auch im Standesamt sich trauen zu lassen und dann extern eine Location zu nehmen für die Feier, also von wegen Zwang kann ich hier gar nichts vernehmen. Das ist eigentlich eine ganz arge Behauptung. Es gibt 10 Standorte außerhalb des Standesamtes, wohin Standesbeamte entsendet werden können, um eben eine feierliche Zeremonie gewährleisten zu können. Aber dass man das gewährleisten kann, dazu braucht man einfach jemanden, der das auch ordnungsgemäß hilft durchzuführen, damit das ein schöner Tag wird. Diese Agentur achtet eben darauf, das alles rechtens ist. Diese Lieblingsplätze werden natürlich auch vertraglich abgesichert mit einem privatwirtschaftlichen Vertrag, deshalb auch hier gibt es jetzt keine Grundlage für deine Behauptungen, muss ich ehrlich sagen. Wie gesagt, das Bestreben, dass alles professionell abgewickelt wird, dass kein Zwang besteht, dass man frei wählen kann, es gibt auch verschiedene Pakete, die man wählen kann, also von wegen Zwang ist hier gar nicht zu sprechen. Um kurz aufzuklären, was die Agentur macht. Die Agentur schaut, dass ein ordnungsgemäßer und qualitativer Ablauf gewährleistet ist. Sie stellt die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben sicher. Sie sorgt für Verfügbarkeit der Räumlichkeiten, übernimmt die Haftung, stellt Equipment, Beleuchtung, Transport, Witterungsschutz zur Verfügung, entscheidet dann auch, ob die Trauung im Freien stattfinden kann oder nicht. Es können bis zu 50 Sitzgelegenheiten aufgestellt werden in gediegener Ausstattung, die Dekoration des Trauungstisches wird vorgenommen, wenn das gewünscht ist, und es ist auch ein Mitarbeiter anwesend, der einfach sicherstellt, dass die Feier ordnungsgemäß und ohne Störungen abgewickelt werden kann.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Bitte zum Ende kommen.

Schönberger:

Sehr gerne. Das heißt, so eine Agentur ist dringend nötig, damit eben der schönste Tag auch gewährleistet ist und zusätzlich ist nicht gewährleistet, nur weil man eine andere Agentur nimmt, das alles auch für billiges Geld haben kann. Trotz alledem, wir entwickeln die Stadt weiter und auch das Konzept wird weiter überdacht und wird auch präsentiert werden, wenn die Überlegungen ausgereift sind und das klare oberste Prinzip des zuständigen Amtes ist es, und da kannst du dir sicher sein, dass die Hochzeit der schönste Tag im Leben sein wird.

Ribo:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister. Lieber Niko, danke dir für diesen Antrag. Wir werden der Dringlichkeit und Würden natürlich auch dem Inhalt zustimmen, aber ich weiß nicht, ob wir so weit kommen. Ein paar Worte zur Kollegin Schönbacher. Sie haben ja gesagt, der Niko hat es schon öfters hier thematisiert und es ist jetzt nichts Neues. Da frage ich Sie, eben als Koalitionspartnerin, warum ist denn nichts passiert? Er hat das jetzt seit einigen Monaten thematisiert, aber passiert ist dann nichts. Diese absurde Tatsache, dass, wenn man nicht im Standesamt heiratet und dann bei diesen Exklusiv-Locations heiratet, diese eine Agentur nehmen muss, ist noch immer da. Die Tatsache gibt es noch immer und dass diese Agentur eben, dass das ein Zwang ist, ich sehe das schon als Zwang, wenn es nur diese eine Agentur gibt, was bleibt mir denn dann anderes übrig? Das Wort Zwang kann mir gerne noch jemand anders erklären, aber ich sehe das so und das ist für mich schon ein weiteres Paradebeispiel, wie die ÖVP arbeitet. Das muss ich schon sagen. Die ÖVP hat wahrscheinlich die Agentur bestimmt. Warum diese Eventagentur? Was waren das für Kriterien? Gab es eine Ausschreibung?

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Selbstverständlich!*

Ribo: Nein, es hat eine Ausschreibung gegeben? Wie viele Agenturen haben sich da beworben? Wir haben davon nichts gewusst, was für Kriterien hat diese Agentur erfüllt und was für Kriterien wurden von anderen Agenturen nicht erfüllt?

Unverständliche Zwischenrufe.

Ribo:

Was ist das Nächste? Wenn ich ein Kind auf die Welt bekomme, muss ich von einer Agentur begleitet werden, die die ÖVP bestimmt und wenn es nicht geht, dann darf ich in Graz kein Kind zur Welt bringen?

Unverständliche Zwischenrufe.

Ribo:

Zuzutrauen ist es euch. Ich finde es lächerlich. Da wäre sogar mehr Geld für die Agentur zu holen. Ich meine, die Agentur, die kritisiere ich nicht einmal, die macht das super, die hat sich eine Monopolstellung da erarbeitet, ist klar und auch wenn das nur 69 Trauungen waren, das sind immerhin 31.000 Euro. Ganz wenig Geld ist es nicht. Niko, danke dir, dass du das aufgedeckt hast und es ist wirklich peinlich. Es ist peinlich für die Stadt Graz, dass es weiterhin so ist. Wir unterstützen diesen Antrag.

Swatek:

Ja, da muss man zum Schlusswort gehen, vor allem wenn die Kollegin der FPÖ hier so falsche Dinge behauptet. Die erste falsche Sache, die ich gerne thematisieren möchte, ist: Es gab natürlich in diesem Rechtsurteil, das Sie da angesprochen haben, Kollegin, keinerlei inhaltliche Aussagen vom Gericht, weil das Pärchen nie die Parteienstellung erhalten hat. Das heißt, es hat nie ein Gericht darüber entschieden, ob es rechtswidrig ist oder nicht. Weil das Pärchen nicht die Parteienstellung bekommen hat. Das finde ich persönlich auch ein wenig lustig. Schrödingers Hochzeit, man heiratet, man ist vor Ort, ist aber selber nicht in der Parteienstellung bei seiner eigenen Hochzeit. Ein wenig deppert, aber was soll man machen. Das Zweite ist natürlich in Richtung Anfragen. Ja, ich habe eine Anfrage gestellt und wenn Sie den Inhalt lesen würden und ich glaube, das haben Sie nicht getan, weil Sie sich nur auf die Überschrift beschränkt haben, dann schreibt das Amt dort, dass es sich eigentlich nicht dazu äußern möchte, weil sie ja in einem laufenden Rechtsverfahren sind. Die restlichen Antworten, die da drinnen waren, waren wie viele Pärchen eine Exklusiv-Hochzeit in Graz machen und das haben Sie richtig gesagt, das waren 60 Pärchen und Sie wollen jetzt 60 Pärchen, die Gebühren zahlen mussten ohne Rechtsgrundlage, wirklich sagen, dass der Antrag nicht dringlich ist? Damit machen Sie sich wirklich lächerlich, ohne Scherz.

Ich muss ehrlich gestehen, ich kann es nicht nachvollziehen, warum man hier bei dieser Thematik so darauf pocht und warum die FPÖ vor allem auch sich hier auf diese Sachen so einlässt. Weil die Volksanwaltschaft hat festgestellt, dass das ohne Rechtsgrundlage passiert. Das ist eines der obersten Organe der Republik und dann stellen Sie, Kollegin, sich hier raus und es ist nicht so? Dann frage ich mich, was sind Sie für eine Demokratin, wenn Sie eines der obersten Organe unserer Republik nicht anerkennen und einfach sagen, es ist wurscht. Es ist nicht richtig. Das ist ja auch ein Demokratieverständnis, das nicht sein kann. Warum das wahrscheinlich so ist, das weiß ich glaube ich, beide Fraktionen die Stadt als Selbstbedienungsladen sehen. Ja, cool, wir haben wieder eine Agentur mit Kohle versorgt, die bekommen hier Geld ohne dass es eigentlich vonnöten wäre, das gibt es in keiner anderen Stadt, aber Hauptsache, die eigenen Leute haben wieder mitkassiert. Wenn das anders war, dann

hätte man sich hier heute deklarieren können, dass man Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt nicht abzocken möchte, doch dazu sind die Regierungsfractionen nicht bereit.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Meine Damen und Herren, nachdem die Trauungen in das Ressort BürgerInnenamt fallen und daher meine Zuständigkeit sind, darf ich noch etwas dazu erläutern.

Selbstverständlich ist das eine Praxis, die über viele, viele Jahre geht.

Selbstverständlich hat es schon öfters Ausschreibungen gegeben, wo sich mehrere Agenturen beworben haben und diese Agentur wurde damals in einem Verfahren ausgesucht. Es handelt sich nicht um eine einzelne Agentur, die damit beauftragt wurde.

Wir sind von Seiten der Stadt Graz rechtlich dazu verpflichtet, dass die

Trauungen an einem Ort durchgeführt werden, der dieser Zeremonie entspricht. Das

ist etwas, das durch diese Agentur garantiert wird und wurde. Es kann nicht sein, dass

Beamte der Stadt Graz, Vertragsbedienstete der Stadt Graz, die diese Trauung

durchführen, dafür Sorge zu tragen haben, dass dort vor Ort Tische, Bänke, die

Infrastruktur wie Blumen und, und, und herangebracht werden. Dazu wurde damals

beschlossen, dass man eine Agentur dazu beauftragt. Das einmal dazu. Rechtlich,

lieber Herr Swatek, bist du ziemlich am Holzweg, weil auch die Volksanwaltschaft keine

Gesetze vorschreibt, sie kann sie nur interpretieren. Die Rechtsmaterie ist immer so,

dass es einen Interpretationsspielraum gibt und die Oberbehörde hat sehr wohl

gesagt, dass es Unrecht war, was die beiden Herrschaften, die sich getraut haben,

gemacht haben oder forderten. Jetzt hat der Verfassungsgerichtshof gesagt, dass sie

keine Parteienstellung haben, weil sie schon verehelicht sind. Das ist einmal so, das hat

das Gericht so festgelegt. Hier eine Abzocke zu unterstellen, ist vermessen und da

würde ich sehr vorsichtig sein mit solchen Äußerungen, denn es könnte der eine oder

andere sich auf den Schlips getreten fühlen und rechtlich gegen dich vorgehen.

In weiterer Folge war es so, dass wir gestern so lange zusammensaßen mit dem

BürgerInnenamt, mit der Abteilungsvorständin und den zuständigen Personen und

auch darüber nachgedacht haben, wie wir dieses System verändern. Das ist ja jetzt nicht von dir ausgegangen, dass darüber nachgedacht wird, wie man das besser machen kann. Nein, das ist schon ein Prozess, der mehrere Monate läuft, aber wir befinden uns, und da sind wir wieder beim Rechtssystem, in einem aufrechten Vertragsverhältnis mit dieser Agentur und dieses Vertragsverhältnis läuft bis Mitte 2020 und wenn du jetzt hergehst zu sagen, das verändern wir jetzt so und machen es so, wie wir es wollen, dann sind wir in einer rechtlichen Problematik und das solltest du auch bedenken. Meine Damen und Herren, noch einmal, ein Pärchen hat sich aufgeregt, bis jetzt war alles wunderbar und hat toll funktioniert, daran das festzumachen, daran aufzuhängen, dass das falsch ist und fehlläuft, ist vermessen und lehnen wir ab. Wenn wir so weit sind, dass wir die neuen Regelungen vorbereitet haben, werden wir es hier in diesem Saal Ihnen auch näherbringen. Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Neos, KPÖ, Grüne und SPÖ) abgelehnt.